

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM, ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zölpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 20/15. Jahrgang

6. Oktober 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

„Einsatz- bereit“

Kinkel vor der UNO

Sechs Monate, nachdem die Bundesrepublik zum ersten Mal als UN-Mitglied sich vor der UN-Menschenrechtskommission zu verteidigen hatte (wegen rassistischer Gewalttaten und wegen Beamten-Entlassungen aufgrund früherer SED-Tätigkeit) hat der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister Klaus Kinkel, nun freilich in seiner Eigenschaft als gegenwärtiger Vorsitzender des Rats der Europäischen Union, vor der UN-Vollversammlung eine Rede gehalten, die, wenn die Bundestagswahlen entsprechend ausgehen, zu seinem internationalen Abschiedsauftritt werden könnte. Er fordert darin die äußerste Effektivierung der UNO, die Aufstellung jederzeit kurzfristig abrufbarer Einsatz-Einheiten in denjenigen Ländern, die diese für solche Fälle zur Verfügung halten und damit ihr besonderes Engagement für die UNO belegen, sowie „eine eindeutige völkerrechtliche Grundlage“ für den „Einsatz militärischer Macht“.

Letzteres ist besonders auffällig, da die UNO-Charta seit 49 Jahren hierfür eindeutige völkerrechtliche Regelungen vorsieht, Regelungen, die sowohl die Souveränität der Einzelstaaten in bezug auf Art und Umfang ihrer Beteiligung achten als auch vorbeugend wirken sollen gegen übereiltes Eingreifen und gegen das Überspringen der Stufe diplomatischer Maßnahmen.

Tatsächlich ist bei allen bisherigen UNO-Einsätzen der Komplex dieser wichtigen UN-Charta-Bestimmungen unberücksichtigt gelassen worden, am offensichtlichsten und folgenreichsten bei der Einleitung des zweiten Golfkriegs gegen den Irak. Diese Praxis soll nun offensichtlich zugunsten der Autonomie von Großmächte-Einsätzen im Namen der UNO nicht nur fortgesetzt, sondern sogar mit einer rechtlichen Grundlage versehen werden — parallel zu und entgegen den bisherigen Bestimmungen der UN-Charta.

Diese neue UN-Perspektive schlägt sich in der Rede Kinkels in einer Uminterpretation der UNO-Geschichte nieder als auch in der von ihm angepeilten neuen Struktur des Sicherheitsrats.

Kinkel bringt die Gründung der Vereinten Nationen in Verbindung mit der „Katastrophe“, die „das Ende des Zweiten Weltkriegs“ bedeutet habe. Zum einen ist dies selbst eine Verdrehung der tatsächlichen Vorgänge: Die UNO ist während des Zweiten Weltkriegs als Organisation speziell der Staaten gegründet worden, die am Kampf gegen die faschistischen Staaten beteiligt wa-

Fortsetzung nächste Seite



Eine Woche nach dem Beginn ihres Marsches von Mannheim nach Straßburg ließen am 3. Oktober die französischen Behörden etwa 130 kurdische Frauen über die Grenze zum Europarat. Eine von den deutschen Staatsorganen mit brutalen Polizeiübergriffen bekämpfte und lange verbotene Aktion ging damit zu Ende. Drei Tage hatten die Frauen an der Grenze ausgeharrt, bis zu 1000 Mann Bundesgrenzschutz, Polizei und Sondereinheiten waren dort erneut aufgefahren worden. Eine Landtags-

abgeordnete der Grünen aus Rheinland-Pfalz und Parlamentarier der in der Türkei verbotenen „Demokratiepartei“ unterstützten die Frauen. Die ganze Sitzungswoche des Europarates über werden jetzt Gespräche stattfinden. Auf einer Pressekonferenz erklärten die Frauen: „Zwei Tag mußten wir im Regen vor der Grenze stehen, um nach Straßburg zu kommen. Trotz aller Schwierigkeiten seit Mannheim: Die kurdischen Frauen haben bewiesen, sie sind eine Kraft.“ — (rub) (siehe auch Seite 5)

Folterten Bundeswehroffiziere während des Somalia-Einsatzes?

Minister Rüge mimt „Bestürzung und Betroffenheit“ über die in der Sendung „Monitor“ veröffentlichten Vorwürfe.

Offiziere der Bundeswehr stehen im Verdacht, während ihres angeblich „humanitären“ Einsatzes in Somalia „verdächtige Einheimische“ bei Verhören körperlich und physisch mißhandelt zu haben. Nach einem Bericht des ARD-Magazins *Monitor* haben Angehörige eines Feldjägerbataillons aus Bayern Geständnisse mit der Drohung erzwungen, den Verhörten nach islamischem Recht wegen Diebstahls die Hand abzuhacken. Bei einigen Vernehmungen sei den Somalis sogar eine Axt auf die gefesselte Hand gelegt worden, um der Drohung Nachdruck zu verleihen. Die Gefangenen, unter ihnen auch Jugendliche, sollen mehrfach die ganze Nacht an Zeltpfähle gekettet worden sein.

Die Verhörmethoden haben die Soldaten laut *Monitor* von deutschen Fall-

schildern übernommen, die schon zuvor in Belet Huen stationiert waren. Soldaten des Bataillons hatten die Vorfälle dem Kommandeur gemeldet. Dieser habe aber keinen Anlaß für disziplinarische Schritte gesehen. Dem *Monitor*-Bericht zufolge wurde der Kommandeur nach seiner Rückkehr sogar befördert.

Verteidigungsminister Rüge habe „mit Bestürzung und Betroffenheit“ auf die Vorwürfe reagiert, so ein Sprecher des Ministers. Er habe erstmals am 27. September von den Vorwürfen gehört und einen Bericht von der vorgesetzten Dienststelle, dem Wehrbereichskommando München, angefordert. Der liege seit Dienstag abend vor und enthalte „Widersprüche und begründete Zweifel an den früheren Ermittlungsergebnissen“, so Ministeriumssprecher

Wichter. Das dem Feldjägerbataillon vorgesetzte II. Korps in Ulm soll jetzt binnen 14 Tagen einen „umfassenden Bericht“ vorlegen.

Der Sprecher des „Darmstädter Signals“, Oberstleutnant a.D. Helmut Priess, wertete die Vorwürfe in einem Telefonat mit dieser Zeitung als Beispiel für „erschreckende Unsensibilität in Rechtsfragen“ in der Bundeswehr. Was wäre erst, wenn solche Einheiten in eine richtige Konfliktsituation gerieten? Priess äußerte Zweifel, ob die internen Ermittlungen der Bundeswehr die Vorwürfe aufklären könnten. Seiner Meinung nach gehörten die beschuldigten Offiziere vor den Staatsanwalt. Auch müßten die Vorgesetzten der Einsatztruppe in Somalia von den Vorfällen von Anfang an gewußt haben, wenn sie nicht völlig unfähig seien. — (rül)

Fortsetzung von Seite 1:
Kinkel vor der UNO ...

ren, also gegen jene Repräsentanten des extremsten und blutigsten Imperialismus, den die neuere Geschichte hervorgebracht hatte. Wer diese Herkunft an so hervorgehobener Stelle unterschlägt, will Spuren verwischen. Kinkel tut dies zum zweiten dadurch, daß er von „dieser Katastrophe“ in aller scheinbaren Harmlosigkeit sagt, daß sie „in Europa ihren Ursprung hatte“. Dies beides soll alle Gedanken an historische Parallelitäten im Hinblick auf deutsche Großmachtinteressen verhindern.

So ist es auch nicht erstaunlich, daß Kinkel mit Stolz auf die neueste Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr verweist, in dieser Entscheidung wird ja ebenfalls — und dies ist eines ihrer gefährlichsten Elemente — das Prinzip der *kollektiven Sicherheit*, jenes Grundprinzip der Vereinten Nationen, uminterpretiert, so als ob es identisch sei mit jedem internationalen Militärbündnis traditioneller Art, also jedem Zusammenschluß gegenüber einem Dritten.

Weiter heftig bemüht um den Sitz im Sicherheitsrat

Die neuen Strukturen der UNO machen eine garantierte Mitarbeit im Sicherheitsrat immer attraktiver — und so widmet Kinkel diesem wichtigsten Entscheidungsorgan der UNO auch einen gesonderten, vorsichtig formulierten Abschnitt seiner Rede: Er begrüßt zunächst „die Revitalisierung der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen“ und unterstützt in diesem Zusammenhang die Initiativen, die vor allem getragen sind von Ländern der Dritten Welt, von denen bisher noch keines einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat (mit Veto-Recht!) hat. Freudig zitiert er das Papier einer UN-Arbeitsgruppe, wonach „Umfang und Art dieser Vergrößerung weiterer Diskussionen bedürfen“; er bietet sich damit als Unterstützer dieser Forderung an und erwähnt mit keinem Wort das eminente eigene Interesse der Bundesregierung, von dieser Vergrößerung insbesondere selbst zu profitieren und den lang ersehnten ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erlangen.

Dies allerdings nur als *ein* Bein deutscher Weltpolitik, als zweites Bein kündigt er die KSZE als regionales, auf Europa bezogenes Interventionsinstrument an, und zwar auf der Grundlage einer „deutsch-niederländischen Initiative“, die den Prozeß dorthin auf der KSZE-Konferenz in Budapest im Dezember dieses Jahres in Gang setzen soll.

Im übrigen ist die Rede voll der Beschwörung „der Menschenrechte in der Welt“ sowie der „Herrschaft des Rechts“ und verbindet somit auf klassische Weise ideologische Konstruktionen des traditionellen deutschen Liberalismus zur Unterstützung deutscher Expansionsstrategien von Friedrich Naumann über Koch-Weser und Theodor Heuss bis zu Kinkel. Sollte dieser Strategie-Strang in der Politik Kinkels, immerhin des Parteivorsitzenden der deutschen Liberalen, durch die Wahlergebnisse in 10 Tagen ein rüdes Ende finden, so wäre dies zwar noch lange nicht das Ende jener imperialistischen Politik, wohl aber das Ende eines organisierten Legitimations- und Propaganda-Strangs. Der Liberalismus als ideologische Stütze deutscher Expansion wäre endlich — und nicht zufällig zum gegenwärtigen Zeitpunkt — an seinen inneren Widersprüchen zerbrochen. — (rube)



„Völlig ausgeflippt“

Völlig ausgeflippt“ sei Bundesaußenminister Klaus Kinkel nach Augenzeugenberichten, so die französische Nachrichtenagentur AFP, als er von geplanten Mahnwachen und anderen Protesten gegen die indonesischen Regierungsvertreter auf der EU-ASEAN Konferenz in Karlsruhe erfuhr. Die Protestaktionen wurden auf Forderung der Ministers, der der Stadt drohte, „nie wieder“ zu einer Tagung nach Karlsruhe einzuladen, binnen einer Stunde verboten. Die Mahnwachen hatten sich u.a. gegen die Menschenrechtsverletzungen des indonesischen Regimes in Ost-Timor und die deutschen Waffengeschäfte mit dem Regime gerichtet. „Menschenrechte sind keine KINKELitzchen“, lautete eine Parole. Die Grünen protestierten: „Wer ... Menschenrechtsverletzer vor dem Protest von Menschenrechtsgruppen schützt, damit sich seine südostasiatischen Kooperationspartner in Sachen Rüstungsexport und Atomtechnologie nicht beleidigt fühlen ..., für den ist es Zeit, daß die Wählerinnen und Wähler ihm die Verantwortung für die deutsche Außenpolitik bei den Bundestagswahlen am 16. Oktober entziehen.“ — (rül)

AKTUELL IN BONN

Datenschützer zu Verbrechen Gesetz

Das jetzt auch vom Bundesrat verabschiedete „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ wird von den Datenschützern weiter kritisiert. Am Vortrag einer bundesweiten Konferenz der Datenschutzbeauftragten forderte der brandenburgische Datenschutzbeauftragte Dietmar Beyl, die mit dem Gesetz ermöglichte Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei müsse vom Bundesdatenschutzbeauftragten kontrolliert werden. Das neue Gesetz erlaube keineswegs nur die Verwendung von „Zufallsfunden“ etwa des BND durch die Polizei, sondern gezielte Überwachungen durch Geheimdienste.

Bestechung bleibt steuerbegünstigt

Schmier- und Bestechungsgelder deutscher Firmen dürfen bei Zahlungen an Inländer, sofern diese genannt werden, aber auch bei Zahlungen auf ausländische Konten bzw. an ausländische Zahlungsempfänger von der deutschen Steuerschuld als „Betriebsausgaben“ abgezogen werden. Dieses Steuerprivileg gewährt das deutsche Steuerrecht schon lange. Die SPD-Fraktion beantragte unlängst die Aufhebung dieser Regelung, weil sie die aktive Bestechung im Ausland durch deutsche Firmen begünstige. Außerdem führe die Regelung zu Steuermindereinnahmen „in erheblichem Umfang“ und fördere das „organisierte Verbrechen“. CDU/CSU und FDP lehnten den Antrag mit ihrer Mehrheit im Finanzausschuß ab.

Kohls Steuersenkungspläne

Die Abschaffung der Gewerbesteuer ab 1996 und die Senkung der Gewerbeertragsteuer hat Bundeskanzler Kohl auf der Tagung der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am 24./25.9. in Magdeburg angekündigt. Die Gewerbesteuer ist eine kommunale Steuer, über die für gewöhnlich die Bundesregierung gar nicht zu entscheiden hat. Dem Bundesvorsitzenden der MIT waren deshalb Kohls Ankündigungen noch zu wenig. Er forderte zusätzlich eine Senkung der Einkommens- und Körperschaftssteuer für Unternehmen auf einbehaltene Gewinne auf 30

bis 35% und die ersatzlose Abschaffung der Erbschaftssteuer auf Betriebsvermögen. Derzeit stünden 600000 Unternehmen „zur Nachfolge an“.

CDU-Wirtschaftsrat-Wünsche

Der CDU-Wirtschaftsrat hat auf einer Tagung am 28. September in Bonn seine Forderungen an die nächste Regierung beraten. Verbandschef Murmann forderte, daß die Reallöhne auch „in den kommenden Jahren weiter sinken“. Zudem sollten Bund, Länder und Gemeinden ihre Betriebe schneller privatisieren. Die 100000 öffentlichen Eigenbetriebe in der BRD hätten einen „Verkehrswert“ von ca. 50 Mrd. DM. Ab 1997 will der Wirtschaftsrat zudem, daß die Krankenkassen nur noch „die medizinisch unbedingt notwendigen Leistungen“ bezahlen, alles andere müsse privat bezahlt werden.

Stellenabbau bei Arbeitsämtern

Während die Erwerbslosigkeit auf das höchste Niveau seit Ende der Weltwirtschaftskrise anstieg, sollen bei den Arbeitsämtern in den alten Bundesländern bis 1997 5400 Stellen abgebaut werden. Dabei liegt derzeit bereits eine Unterversorgung vor. So sind in Baden-Württemberg 362 der 7159 Planstellen nicht besetzt, während in diesem Bundesland 1993 122000 Überstunden geleistet werden mußten. Die Folgen der „Sparmaßnahmen“: Arbeitslose müssen künftig noch länger auf ihr Geld warten. Gleichzeitig wird die Privatisierung der Arbeitsvermittlung beschleunigt und begünstigt.

Ostrentner

Nach vier Jahren „Einheit“ erhalten in den neuen Bundesländern 45 Prozent aller Rentner und Rentnerinnen weniger als 1200 Mark monatlich. Insbesondere Frauen sind betroffen. So wird einer Frau, die drei Kinder großgezogen hat, zwölftehalb Jahre weniger Rentenanspruch zugestanden. Die „Rentnerinitiative“, ein Zusammenschluß von 25 Organisationen und Verbänden, die diese Zahlen Ende September in Berlin präsentierte, geht davon aus, daß ein Drittel der insgesamt 3,2 Millionen Rentnerinnen und Rentner in den neu-

en Bundesländern Schritt für Schritt ins soziale Abseits gedrängt wird.

Kinkel gegen Rushdie

BRD-Außenminister und EU-Ratsvorsitzender Klaus Kinkel erteilte einen dringenden Gesprächswunsch des britischen Schriftstellers Salman Rushdie eine brüske Absage. Dieser wollte mit dem Gespräch erreichen, daß die EU gegenüber dem Iran über eine „ungefähre Bewegungsfreiheit innerhalb Europas“ verhandelt. Kinkel: „Zuviel Öffentlichkeit“ könne den Iran dazu verleiten, „seine Position zu verhärten“. Hintergrund: Die deutschen Exporte in den Iran verzeichnen einen Boom.

Designierter BDI-Chef Henkel

Als Nachfolger für Tyll Necker soll Hans-Olaf Henkel gewählt werden. Er ist nach dem Rückzug von Klaus Asche Chef der Holsten-Brauerei, der einzige Kandidat. Die Welt am Sonntag (2.10.) nennt drei Gründe, die für Henkel sprechen: Erstens habe er „beherzt“ die Standortdebatte geführt, d.h. er vertritt besonders offensiv, daß weniger Leute schneller, flexibler und zu niedriger Löhnen zu arbeiten hätten. Zweites habe Henkel als damaliger IBM Deutschland-Chef sein Unternehmen umgebaut, daß nur noch ein kleiner Teil der Gesamtfirma dem geltenden Metal Tarifvertrag unterlag und im größten Teil des Unternehmens eine weitreichende Flexibilisierung durchgesetzt werden konnte. Drittens säße Henkel im Aufsichtsrat der Deutschen Aerospace. Die „Luft- und Raumfahrttechnik“ (es handelt sich zu einem erheblichen Teil auch um Rüstung) sei ein „ausgesprochene Zukunftstechnologie“.

Was kommt demnächst?

Am 6. Oktober berät das Bundeskabinett über das Luftfahrtprogramm (Bundesregierung). Am 9. Oktober: Wahlen in Österreich. Am 14. Oktober ist letzte Bundesratssitzung vor Wahlen, hier soll Waigel neue Haushaltszahlen vorlegen, weigert sich aber. Am 16. Oktober sind Bundestagswahlen. Am 28. November wählt der Bund seinen neuen Chef.

Wohnen ist Menschenrecht

Bundesweite Aktionstage gegen Wohnungsnot und soziale Ausgrenzung

Die Verwirklichung des Grundrechtes auf Wohnen forderte der Trägerkreis einer Kampagne, die am 23./24. September mit Aktionen in 130 Städten auf Wohnungsnot und Obdachlosigkeit aufmerksam machte. Dieses Recht werde in der Bundesrepublik Hunderttausenden von Menschen vorenthalten, heißt es in dem Aufruf des Trägerkreises, dem u. a. die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, der Deutsche Mieter-

bund, der DGB und die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsverbände angehören. Die Organisatoren knüpften mit ihrer Aktion an die „Nacht der Wohnungslosen“ an, mit der im Sommer letzten Jahres in über 130 Städten zu einem solidarischen „Sleep out“ (Übernachtung im Freien mit Obdachlosen) aufgerufen worden war.

Nach Schätzungen gibt es in den alten Bundesländern 2,5 Millionen Wohnungslosenfälle. Nach neuesten Erkennt-

nissen des Kinderschutzbundes befinden sich darunter etwa 500 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die in „obdachlosen oder absolut verheerenden Wohnverhältnissen“ leben. Betroffen seien vor allem Alleinerziehende, in erster Linie Frauen, einkommensschwache Rentnerinnen und Rentner, kinderreiche Familien, Erwerbslose, Behinderte und chronisch Kranke. Die Wohnungsnot werde in den nächsten Jahren weiter steigen. — (rül)

Bundes-Betroffeneninitiative: „Recht auf Wohnen muß einklagbar sein“

Mit dem heutigen Aktionstag „Wohnen ist ein Menschenrecht“ wollen wir:

1. einen öffentlichen Protest gegen die zunehmende Marginalisierung weiterer Teile der Bevölkerung durchführen und der Diskriminierung und Ausgrenzung Obdachloser entgegenwirken;
2. die öffentliche Propagierung von Alternativen zur herrschenden Wohnungs- und Sozialpolitik durchführen;
3. es soll die Bevölkerung über die miserablen Lebensbedingungen Obdachloser informiert werden, und es soll die Möglichkeit geschaffen werden zu Gesprächen zwischen Menschen mit und ohne Wohnung.

Bei dem heutigen Aktionstag handelt es sich um einen bundesweiten Aktionstag bzw. Aktionstage, da diese in über 100 Städten in ganz Deutschland mitgetragen werden.

In vielen Städten findet zu diesem Aktionstag eine Unterschriftensammlung statt, um unserer Hauptforderung:

„Das Recht auf Wohnen muß im Grundgesetz verankert werden und einklagbar sein“

Nachdruck zu verleihen.

Als weitere Ziele und Hauptaufgaben sehen wir folgende Punkte an:

- Ausrufung des Wohnungsnotstandes in ganz Deutschland
- Sofortige Bereitstellung von menschenwürdigen Unterkünften für Obdachlose
- Zuweisung einer angemessenen Wohnung in einem festgelegten Zeitraum
- Mehr frauenspezifische Übernachtungsmöglichkeiten
- Kurzfristige Instandsetzung und Bewohnbarmachung von Leerstand
- Forcierung des gemeinnützigen sozialen Wohnungsbaus mit Belegungsrecht durch die Kommunen
- Systemveränderung der Sozialhilfe
- Mitgestaltung von öffentlichen Räumen
- Eine bessere Aufklärung über Rechte (Wohngeld, Sozialhilfe) gerade in den neuen Bundesländern.



Ohne Geld nichts los

Mit unüberhörbarem Stolz kann man aus dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hören, daß der Wohnungsbau weiter Schrittmacher der Baukonjunktur sei und für 1994 eine Genehmigungszahl von 700 000 Wohnungen denkbar. Insider allerdings geben zu bedenken, daß dieser Boom nicht so sehr dem Ministerium zugeschrieben werden dürfe, sondern dem Gespür von Geldleuten, daß auf diesem Sektor wieder Geld verdient werden könne. Während die Renditeaussichten im Bereich des gehobenen Wohnungsstandards also glänzend sind und viele Menschen ihre Energien im Eigenheimerwerb überstrapazieren, sind die Renditeaussichten im Bevölkerungssegment Armut weiter schlecht bis miserabel.

Anläßlich der Bundestagsdebatte zur Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik gab Bundesministerin Dr. Irmgard Schwaetzer Mitte September folgende Zustandsbeschreibung: „Obdachlosigkeit ist meistens nicht allein auf das Fehlen einer angemessenen Wohnung zurückzuführen. Die Erfahrung zeigt, daß häufig eine ganze Reihe sozialer Integrationsprobleme wie z. B. Arbeitslosigkeit oder persönliche Probleme zum Verlust der Wohnung führen. Das heißt aber nicht, daß sich die Wohnungspolitik von Bund und Ländern aus der Verantwortung stehlen dürfen. Die Wohnungspolitik hat vielmehr die Aufgabe, das Wohnungsangebot insgesamt zu erweitern und in diesem Rahmen auch spezielle Wohnungsangebote für Wohnungslose zu organisieren, um ihre Reintegration in das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen.“

Neben der tiefeschürfenden Analyse, daß Obdachlosigkeit nicht allein auf das Fehlen einer Wohnung zurückgeführt werden könne, enthält diese Einlassung der Ministerin auch ganz neue Erkenntnisse, so z. B. die Charakterisierung der Arbeitslosigkeit als soziales Integrationsproblem. Der Gedanke, daß die Lohnabhängigen in der kapitaldominierten Gesellschaft einen Käufer ihrer Arbeitskraft finden müssen, um leben zu können, wird als subjektives Integrationsproblem vernebelt.

Der Frau Ministerin dürfte während ihrer Amtstätigkeit nicht entgangen sein, daß Obdachlosigkeit in der Regel nicht schon bei Geburt besteht — dieser Umstand häuft sich aber besorgniserregend — sondern vor der Obdachlosigkeit eine mehr oder weniger angemessene Wohnung bestanden hat. Nicht im Fehlen der Wohnung muß also die Obdachlosigkeit ihre Ursache gehabt haben, sondern darin, daß die bisher angemessene Wohnung nicht mehr bezahlt werden konnte. Die Ursache hierfür kann wiederum mindestens zwei Gründe gehabt haben. Erstens ist die Wohnung auf Grundlage der unsozialen Kappungsgrenze so teuer geworden, daß die neue Miete die finanziellen Möglichkeiten des Mieters überstiegen hat. Oder die Miete ist gleich geblieben, aber das Einkommen des Mieters hat sich verschlechtert und die Wohnung konnte nicht mehr gehalten werden.

Im Mittelpunkt des Krisenmanagements steht nun das Problem, wie von einer profitorientierten Wohnungswirtschaft eine Unterstützung erreicht werden kann. Einer Arbeitsgruppe des Ministeriums sind dabei „erhöhte Fördersätze bei Wohnungsbaumaßnahmen“, „vorrangige Mittelbewilligung“, „Prämien an Vermieter“, „Anmietung von Wohnraum durch Gemeinden“ und „Erwerb von Belegungsrechten an nicht sozial gebundenen Wohnungen oder Verlängerung auslaufender Sozialbindungen“ eingefallen. Mehr nicht. — (dil)

BAG Wohnungslosenhilfe fordert Aktionsprogramm gegen Wohnungsnot

Die Bundesrepublik steht an einem Scheideweg: Soll der Sozialstaat im Hinblick auf die neuen Anforderungen modernisiert werden, oder soll es weitergehen auf dem Weg des Sozialabbaus, des Abschieds vom Sozialen in der Marktwirtschaft? „sagte Martin Berthold, Vorsitzender der AG Wohnungslosenhilfe e. V. zum Auftakt der bundesweiten Kampagne „Wohnen ist ein Menschenrecht“. Sozialabbau entläßt den Staat und seine Institutionen aus der Verantwortung für den Ausgleich einer sich verschärfenden Krise.

Die Folgen dieser Entwicklung werden auch in der Wohnungsversorgung deutlich: Von einer menschenwürdigen Wohnung, einer Verwirklichung des Menschenrechts auf Wohnen, können immer mehr Menschen in unserem Land nur träumen:

- Viele Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus der 50er und 60er Jahre, die eine schlechte bauliche Qualität und eine randstädtische Lage haben, werden zu Zentren der Armut, Wohnungsnot und sozialen Abgrenzung;
- immer mehr Menschen im Osten wie im Westen verlieren ihre Wohnungen und werden obdachlos;
- die Chancen für obdachlose Alleinstehende, Paare oder Familien, wieder eine Wohnung zu finden, sind weiterhin fast aussichtslos.

Sollte die Politik das Problem der Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit weiter wie bisher verharmlosen

oder ignorieren, befürchten wir bis zum Jahr 2000 einen Anstieg der Obdachlosenzahlen von ca. 880 000 (1994) auf über 1 Million Menschen im Jahr; im Westen müssen wir dann mit ca. 950 000 (1994: ca. 840 000) und im Osten mit ca. 1 000 000 (1994: ca. 350 000) Wohnungslosen rechnen. (...)

Verantwortlich für die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen ist neben einer verfehlten Wohnungspolitik vor allem die Armutspirale in unserem Land. Immer mehr Langzeitarbeitslose, Wohnungslose und SozialhilfebezieherInnen verlieren die Hoffnung auf eine soziale Integration, wenn sie keine Wohnung finden. (...)

Die Bundesrepublik steht am 16. Oktober vor einer prinzipiellen Richtungsentscheidung: Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, diese Wahl auch zu einer Wahl gegen Armut und Wohnungsnot zu machen. Die Programme und Kandidaten der Parteien sollten von Ihnen daraufhin geprüft werden!

- Es reicht nicht aus, Forschung über Obdachlosigkeit zu finanzieren, es muß politisch gehandelt werden;
- gute Ratschläge des Bundes an die Kommunen zur Behebung des Wohnungsmangels sind kein Ersatz für dauerhafte Förderprogramme des Bundes;
- schnelle Scheinlösungen in Gestalt von Schlichtbauten für Obdachlose ohne staatliche Förderung sind ein sozial- und wohnungspolitischer Irrweg, den die Bundesregierung schnell wieder verlassen sollte.

Wir fordern von Bundesregierung und Landesregierungen eine wohnungspolitische Wende, wie wir sie in unserem Berliner Programm schon 1993 vorgeschlagen haben. Darüber hinaus fordern wir ein sofortiges Aktionsprogramm:

1. Eine koordinierte wohnungs- und sozialpolitische Offensive von Bund, Ländern und Gemeinden gegen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit;
2. eine Reform des Wohnungsbindungs- und des Wohnungsbaugesetzes mit dem Ziel einer vorrangigen Versorgung aller Wohnungsnotfälle;
3. Sanierungs- und Modernisierungsprogramme für die sozialen Brennpunkte der Wohnungsnot;
4. Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik in Verbindung mit der Einführung einer zweijährigen Berichtspflicht über Wohnungsnot und Obdachlosigkeit;
5. Erhalt des kommunalen Zugriffs auf Wohnungskontingente in den neuen Bundesländern.

Zur Erarbeitung dieses Aktionsprogramms fordern wir die Bau- und Sozialminister der Bundesregierung und der Landesregierungen auf, nach den Wahlen eine Konferenz unter Beteiligung aller betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und Verbände durchzuführen. (...)

Quelle: Materialien der BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Postfach 130148, 33544 Bielefeld.

Reförmchen statt Reformen?

Bericht vom Gewerkschaftstag der ÖTV in Bremen, 19./21. September

Gewerkschaftstage haben ihr Eigenleben. Dies wird gerne verkündet, wenn die (Ab)Stimmung gegen die Vorschläge der Antragsberatungskommission und damit meist (eigentlich immer) gegen die Meinung des geschäftsführenden Hauptvorstandes (gHV) ausgeht. Das eigentliche Problem besteht jedoch in anderem: Kongresse dieser Größe sind unhandbar und ineffektiv, und seien sie noch so gut vorbereitet. Eine wirkliche Diskussion findet nicht statt.

Zur Verdeutlichung: Auf dem ÖTV-Kongreß waren anwesend:

- 891 (später 910) stimmberechtigte Delegierte,
 - 100 redeberechtigte Teilnehmer,
 - 183 Ehrengäste und Zuhörer,
 - 300 Helfer für die Organisation,
- zusammen also 1493 Personen! Vorschläge aus der Erfahrung des letzten Gewerkschaftstages heraus, die Arbeitsgruppen zu den Beratungsblöcken Tarifreform, Organisationsreform und Finanz- und Personalreform vorschlugen, wurden ignoriert. Zwar fanden im vergangenen Jahr sogenannte Dialogkonferenzen zur Organisationsreform und Foren zu tarifpolitischen Schwerpunkten statt, doch wurden deren Ergebnisse in den vom gHV vorbereiteten Anträgen nicht wiedergefunden.

Beachtenswert ist die Zusammensetzung der Delegierten:

- Arbeiter / innen 213 Delegierte = 23,9 %
 - davon weiblich 24 Delegierte = 11,3 %
 - Angestellte 579 Delegierte = 65,0 %
 - davon weiblich 208 Delegierte = 35,9 %
 - Beamte / innen 99 Delegierte = 3,5 %
 - davon weiblich 31 Delegierte = 31,3 %
 - Durchschnittsalter: 46 Jahre;
 - Durchschnittsbeitrag: 47 DM.
- Nur 1,12 % der Delegierten waren Teilzeitbeschäftigte.¹ (1) Bemerkenswert ist außerdem, daß gut 10 % der stimmberechtigten Delegierten ihr Mandat erst gar nicht angetreten haben.

Bestandsaufnahme und Konsequenzen

Mit einem Leitantrag zur Gesellschaftspolitik beabsichtigt der Hauptvorstand², eine Diskussion in der Mitgliedschaft anzuregen, die „gesellschaftspolitische Veränderungen reflektiert und gewerkschaftspolitische Positionen zu Zukunftsfragen weiterentwickelt“ (A 001). Dies ist sicher sinnvoll und notwendig. Gleichzeitig wird mit diesem Antrag eine „gesellschaftspolitische Bestandsaufnahme“ (A 001) vorgegeben, die auf wenigen Seiten Positionen zur Weltwirtschaft, Europäischen Union, zum Wertewandel in der Gesellschaft, zu Nationalismus und und darlegt, die nicht nur „widersprüchlich“, „unzutreffend“, „illusorisch“, sondern auch eindeutig „ideologisch“³ geprägt sind, so z.B. die Forderung nach Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die Forderung von Delegierten, diese Bestandsaufnahme als einen Diskussionsbeitrag, also Material für die Mitgliederdiskussion, zu beschließen, wurde abgelehnt.

Damit ist aber auch schon ein wesentliches Problem beschrieben. Dieser Widerspruch, nämlich Diskussion und Beteiligung der Mitglieder zu fordern (begründet mit den differenzierten Interessen der Mitglieder), gleichzeitig aber schon Einschränkungen zu machen (meist begründet mit der Kampffähigkeit), zieht sich durch das gesamte Antragsmaterial. Und wurde, das kann

schon gesagt werden, auch fast immer im Sinne der Einengung, des Zentralismus, so beschlossen.

Das Dilemma, in welchem sich die ÖTV — und vermutlich nicht nur sie — befindet, läßt sich etwa folgendermaßen beschreiben:

- Sie muß konstatieren, daß sich die Interessen ihrer Mitglieder verändert haben. Dies wurde bereits auf dem letzten Gewerkschaftstag 1992 deutlich. Das Antragsmaterial zur Tarifpolitik beispielsweise forderte die stärkere Berücksichtigung der individuellen Interessen in bezug auf die Arbeitszeitpolitik, die Hinwendung zur qualitativen Tarifpolitik und dokumentierte eine veränderte Haltung zur Erwerbsarbeit.
- Die Änderung in der Zusammensetzung der Mitgliederstruktur (mehr Teilzeitbeschäftigte, mehr Arbeitslose und Verrentete, mehr Frauen) beinhaltet nicht nur ein verringertes Beitragsaufkommen, sie hat auch Auswirkungen auf artikulierten Interessen in und gegenüber der ÖTV.
- Und nicht zuletzt wollen Mitglieder stärker beteiligt werden, sie wollen Einfluß haben, fordern Demokratie und Transparenz.

Tarifpolitische Reform

Manches, was als tarifpolitisches Programm beschlossen wurde, war nicht so ganz nachvollziehbar. Zwar gab es inhaltlich gute Beiträge zu bestimmten Punkten, insgesamt jedoch drängt sich der Eindruck auf, daß die Diskussion in der Mitgliedschaft noch nicht weit genug vorangeschritten ist.

„Durch das neue Programm der ÖTV zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen, Tarifpolitik in Zukunft beschäftigungswirksam einzusetzen“, stellt das *Handelsblatt* vom 21.9.94 richtig fest. Das Problem dabei ist, daß die ÖTV nicht genügend die soziale Lage ihrer Mitgliedschaft berücksichtigt. Inzwischen wird Arbeitszeitverkürzung nur noch als Instrumentarium von Arbeitsmarktpolitik gesehen. Die ÖTV hat sich den Sprachgebrauch der Zwei-Drittel-Gesellschaft angeeignet. Daß es innerhalb dieser zwei Drittel eine ungeheure und zunehmende Differenzierung von Einkommen gibt (die von knapp über dem Sozialhilfessatz liegend bis hin zu Gehältern reichen, die ein Mehrfaches ausmachen), wird vernachlässigt. Der (moralische) Druck, der inzwischen auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Richtung Teilzeit, Arbeitszeitverkürzung ohne bzw. mit teilweisem Lohnausgleich oder eben auch als Arbeitszeitkonto (Freizeit statt Einkommen) ausgeübt wird, ist groß. Und er kommt nicht nur von Arbeitgeberseite, sondern auch von Seiten der Gewerkschaften, wie der letzte Tarifabschluß über Arbeitszeitreduzierung bei Teillohnausgleich für befristete Arbeitsplatzgarantie im Tarifgebiet Ost zeigt.

Nur so ist verständlich, warum sich Teile der Mitgliedschaft gegen ein Arbeitszeitkonto für Zulagen bei Erschwernissen, Wechselschicht- und Schichtarbeit ausgesprochen haben, obwohl sie sich damit ihre Gesundheit „abkaufen“ lassen (müssen). Daß sich hier der Bundes-Arbeiterinnen- und -Arbeiterrausschuß besonders stark gemacht und eine ungeheure Schärfe in die Diskussion gebracht hat, täuscht jedoch über die eigentlichen Probleme hinweg: einerseits die jahrelange Vernachlässigung der unteren Einkom-

mensgruppen, und hier insbesondere der Angestellten, bei den Tarifverhandlungen, vor allem durch prozentuale Abschlüsse (wobei hier auch die „Arbeiterlobby“ ihren Teil beigetragen hat), andererseits die Tatsache, daß schon ein Großteil dieses Personenkreises auf Teilzeit ist, z.B. im Pflegebereich, wo viele aufgrund der Arbeitsbelastung ihre Arbeitszeit reduziert haben und dies deswegen konnten, weil entsprechende Zulagen gewährt werden.

In der Presse als Fortschritt „gewürdigt“ wurde die Annahme eines Passus, der „leistungsbezogene Einkommensbestandteile“ behandelt. Dabei wurde und wird fälschlicherweise so getan, als würde die ÖTV jetzt Leistungslohn fordern. Dem ist nicht so. Da das Thema in der Vergangenheit seitens der öffentlichen Arbeitgeber aber bereits eingebracht worden ist, hat die ÖTV-Führung jetzt den „Freibrief“, darauf einzugehen, was ihr bisher verwehrt war. Das Abstimmungsergebnis war bekanntlich knapp. Hier wie an anderen Punkten zeigte sich ebenfalls, daß die Diskussion um zukünftige Tarifpolitik eigentlich erst angefangen hat und über bestimmte Fragen noch kein Konsens in der Organisation besteht. So z.B. auch das Thema Arbeitsmengenfestlegung. Dieser Passus wurde abgelehnt, obwohl damit noch am ehesten der Losung „Arbeit darf nicht krank machen“ entsprochen worden wäre. Im Zusammenhang mit Arbeitszeitverkürzungen (Personalausgleich) hätte dies ebenso eine Chance gegen Rationalisierung geboten wie darüber hinaus auch den umfassenden Einstieg in betriebliche und örtliche Tarifverträge.

Organisationsreform

Weit mehr als die Hälfte aller Anträge befaßte sich mit der Organisationsreform. Sie geht zurück auf einen 1988 auf dem Gewerkschaftstag beschlossenen Antrag (528), der eine stärkere Berücksichtigung der untersten Ebene (Kreise) forderte. Der folgende Gewerkschaftstag 1992 war bekanntlich geprägt von Auseinandersetzungen um den Streik im öffentlichen Dienst und hatte mehrere personelle Konsequenzen. Eine Diskussion der Organisationsreform war zeitlich nicht mehr möglich, und vor allem deshalb wurde der jetzige außerordentliche Gewerkschaftstag anberaumt. Inzwischen verschärfte sich die finanzielle Situation aufgrund der Mitgliederverluste und der sinkenden Einkommen der Mitglieder.

Die beschlossene Organisationsreform ist die eigentliche Enttäuschung dieses Gewerkschaftstages. Ihre Auswirkungen werden sich allerdings erst langfristig zeigen, bei den nächsten Organisationswahlen und später.

Die entscheidenden Punkte sind:

- die Zusammenfassung von ursprünglich 42 Fachabteilungen auf nunmehr 6 Bereiche
- der Erhalt der Personengruppen
- die Verkleinerung der Organe.

Gegen die Bereichsstruktur haben sich insbesondere die kleinen Abteilungen gewandt. Es ist abzusehen, daß sie zukünftig in den Gremien nicht mehr vertreten sein werden, da die mitgliederstarken Teile dominieren werden. Darüber hinaus wird der berufsfachlichen Arbeit, die gestärkt werden soll, der Boden entzogen. Wie soll beispielsweise eine solche Arbeit geleistet werden in einem Gremium, in dem Mitglieder aus

Bundesverwaltung und -körperschaften, Bundesbank, Bundesfinanzverwaltung, Bundesverkehrsverwaltung, Bundeswehr, Stationierungstreitkräfte, Landesverwaltung und -körperschaften, Landesfinanzverwaltung, Justiz und Strafvollzug, Straßenverwaltung (Straßenbauverwaltung), Kulturverwaltung und ihre Einrichtungen und Wissenschaft⁴ und Forschung zusammenhocken?

Die grundsätzliche Beibehaltung von Personengruppen ist das eigentlich Ärgernis und widerspricht auch den Diskussionsergebnissen der Dialogkonferenzen. Personengruppen arbeiten nämlich einerseits nicht auf Betriebsebene, andererseits konservieren sie (vielleicht gerade deshalb) ihre Besonderheiten. So erklärt sich beispielsweise die unterschiedliche Antragslage. Auch in bezug auf das seit ewigen Zeiten um auch auf diesem Kongreß geforderte einheitliche Tarifrecht wäre dies ein Signal gewesen.

Problem erkannt? — Ausweg gefunden?

Wenn man die Diskussion auf dem Gewerkschaftstag verfolgt, so gewinnt man den Eindruck, als hätten die Delegierten noch nicht umfassend die Situation erkannt, in der die Gewerkschaftsbewegung steckt. Zwar hat Monika Wulf-Mathies viele Fragen in ihrem Eingangsreferat angeschnitten (Tarifflucht, Individualisierung, Wirtschaftskrise, Ökologie ...), sie hat auch nicht mit Kritik an der Politik der Bundesregierung gespart. Mehr als allgemeine und altbekannte Antworten im Sinne von Schlagworten wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Teilen ... konnte jedoch auch sie nicht geben.

Will man die auf dem Gewerkschaftstag gefaßten Beschlüsse als „Antworten“ würdigen, so sind sie allenfalls Anfänge, bezogen auf die Tarifpolitik. Bezogen auf die Organisationsreform sind es Rückschritte. Hier hat die ÖTV nicht nur keine Lösungen auf die von ihr selbst aufgeworfenen Fragen gefunden, sondern im Gegenteil die zentralistischen Strukturen gestärkt.

Am 13. Februar 1995 wird ein weiterer außerordentlicher Gewerkschaftstag über die Nachfolge von Monika Wulf-Mathies entscheiden. — (har)

(1) Tagesprotokoll vom 19.9., S. 88

(2) die sog. Leitanträge sind vom gHV erarbeitet und vom Hauptvorstand ein gebracht

(3) Tagesprotokoll vom 19.9.

(4) so beschlossen gem. Antrag C 028

(Aus Platzgründen gekürzt. Vollständig in „Kritik und Widerstand“ Nr. 20/94)

Der Marsch kurdischer Frauen zum Europarat

Chronologie der Auseinandersetzungen in Mannheim. 130 Frauen drangen zum Europarat vor

Bericht aus Mannheim

Die Stadt Mannheim und die verantwortlichen Behörden und Staatsorgane auf Bundes- und Landesebene sind verantwortlich für die Eskalation zwischen Kurden und Kurdinnen einerseits und dem Staatsapparat andererseits.

Angesichts der herbeigeführten Eskalation ist es auch zu einzelnen verzweifelten Kurzschlußhandlungen von Kurdinnen und Kurden gekommen. Die nun erhobenen Vorwürfe — versuchter Totschlag, schwerer Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt — werden nun von Staatsorganen und der Presse quasi als nachträglicher Beweis für die angebliche Gewalttätigkeit der Kurdinnen und Kurden erhoben.

Entzündet hat sich die Auseinandersetzung an dem Verbot des geplanten Marsches der Kurdinnen, verhängt durch das Ordnungsamt Mannheim. Der rechte sozialdemokratische Oberbürgermeister Widder machte immer wieder deutlich, daß er nicht daran denke, das Verbot aufzuheben. Die Kurdinnen aber beharrten darauf, ihren Marsch auf jeden Fall durchzuführen. Die Stadt Mannheim war fast eine Woche lang eine Polizeifestung. Erst als die Situation immer mehr eskalierte und immer mehr Kurden und Kurdinnen sich in die Auseinandersetzung hineingaben — zeitweise waren bis zu 400 kurdische Personen in Polizeigewahrsam —, wurden zwischen den Kurdinnen einerseits, dem Oberbürgermeister und der Polizei, u. a. dem Landespolizeipräsidenten Hetger andererseits, nach langen Verhandlungen am 29. September doch noch ein Ergebnis erzielt.

Das Verbot des Marsches wurde teilweise aufgehoben, jedoch mit starken Auflagen versehen. Die etwa 250 Kurdinnen wurden von Mannheim in Bussen in einen Ort bei Achern gefahren, wo sie am nächsten Tag nach Kehl an der deutsch / französischen Grenze marschierten. Das Zeigen von „PKK-Symbolen“ war verboten, jedoch hatten die Kurdinnen viele Plakate dabei. Die in Gewahrsam befindlichen Personen wurden bis auf fünf alle freigelassen, die polizeilichen Kontrollen in Umgebung des Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins wieder eingestellt. Bei den fünf Personen handelt es sich um eine Kurdin, die einen Polizisten angeblich mit Benzin bespritzt haben soll (Vorwurf: versuchter Totschlag), und drei Kurden, die bei der niedergeknüppelten Demonstration am 26. 9. festgenommen wurden (Vorwurf: schwerer Landfriedensbruch und Körperverletzung); gegen einen Kurden, der einem Polizisten den Revolver entrissen hat, soll möglicherweise sogar wegen versuchten Mordes ermittelt werden. Kriminaldirektor Leopold kündigte an, daß eigens ein Arbeitsdezernat eingerichtet wurde, um auch gegen rund 300 freigelassene Männer und Frauen Ermittlungen einzuleiten.

Zu dem Verbot des Marsches der Kurdinnen muß noch einiges gesagt werden, da darüber falsche Vorstellungen in der Öffentlichkeit herrschen. Das Verbot wurde vom Ordnungsamt Mannheim erst am 21. 9. zugestellt, obwohl der Marsch schon am 25. August angemeldet worden war. Es stellt sich die Frage, warum denn die Verbotsverfügung erst so spät zugestellt wurde und warum die Behörden sich nicht vorher mit den Veranstalterinnen verständigt haben? Anscheinend wollten die Behör-

den von Anfang an nichts anderes als das Verbot.

Der Marsch wurde für 150 bis 170 Frauen angemeldet, Schlafquartiere in den einzelnen Orten wurden sichergestellt. Es ist also eine Erfindung der Behörde, wenn gesagt wird, daß Tausende an dem Marsch mitmachen wollten und dadurch ein Sicherheitsrisiko entstehen würde.

Der Marsch wurde nicht nur in Mannheim verboten, sondern überall. In der Verbotsverfügung steht sogar: „Das Verbot gilt für jede Form einer Ersatzveranstaltung vom 26. 9. bis 1. 10. 94 im Bereich der beteiligten Städte und Gemeinden von Mannheim bis Kehl.“

Die Begründung des Verbots läßt darauf schließen, daß diese mehr in Bonn als in Mannheim geschrieben worden ist. Sie wimmelt von zusammengetragenen geheimdienstlichen „Erkenntnissen“, die zudem schlampig, fehlerhaft und absolut unzumutbar sind. Nach diesen „Erkenntnissen“ ist jeder Kurde zunächst einmal PKK-Aktivist und jede kurdische Organisation eine Ne-

jeden Ort genau festgelegt. Die Veranstalterinnen haben für den reibungslosen Ablauf (z. B. Schlafquartiere auf Campingplätzen oder in Sporthallen) gesorgt.

Am 20. September wird der Marsch durch das Ordnungsamt Mannheim verboten. Das Verwaltungsgericht und der Verwaltungsgerichtshof weisen eine Klage gegen das Verbot am 23. und 24. 9. ab.

Am 26. 9. sind in Mannheim 900 Polizisten konzentriert, um das Verbot durchzusetzen. Ab 10 Uhr versammeln sich etwa 200 Kurdinnen auf dem Paradeplatz. Sie tanzen und halten Reden, aber machen unmißverständlich deutlich: Wir wollen marschieren. Oberbürgermeister Widder und der Polizeieinsatzleiter verlangen bis 13.15 Uhr die Auflösung der Versammlung, ansonsten werde die Polizei eingreifen. Inzwischen haben sich neben den Marschiererinnen auch viele andere Menschen versammelt.

Um 13.15 Uhr formieren sich die Kurdinnen zu einem geschlossenen Demon-

eine Selbstverbrennung. Mit Schlagstockeinsatz werden die Kurdinnen und 100 vor dem Rathaus wartende Kurden festgenommen. In diesem Verlauf entreißt ein Kurde — wohl panikartig — einem Polizisten den Revolver. Beim anschließenden Gerangel wird ein Kurde angeschossen. Dieser Schuß wird dem Kurden angelastet. Es soll nun gegen ihn wegen Mordversuches ermittelt werden.

An diesem Tag werden in der ganzen Stadt kurdische Personen überprüft, erkennungsdienstlich behandelt und festgenommen. Das Gebäude des Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins wird umstellt. Autos mit angeblichem „PKK-Propagandamaterial“ oder „Waffen“ wie Stöcken oder Benzinkanistern werden beschlagnahmt. Zwölf Kurden sollen angeblich versuchen, die Post zu stürmen. Zeitweise bis zu 400 Kurdinnen und Kurden werden in Polizeigewahrsam genommen. Die Polizei prüft die Ausdehnung der Gewahrsamnahme auf 14 Tage, die allerdings richterlich bestätigt werden muß.

In Baden-Württemberg kommt es zu verschiedenen Brandanschlägen vor allem auf Polizeiposten, wo allerdings meist nur geringer Sachschaden entsteht. In Ludwigshafen werden zwei Polizeiautos angezündet. Bei einer Ringfahndung wird ein Kurde gefaßt, der sich zu diesem Brandanschlag bekennen soll.

28. 9.: In der Stadt herrscht gespannte Ruhe. Es finden keine größeren Auseinandersetzungen statt. Jedoch wimmelt es von Polizisten und Kontrollen. Ab Mittag bis Vormittag des nächsten Tages verhandeln die Kurdinnen (laut OB „mißbrauchtes Werkzeug einer straffen PKK-Organisation“) mit Oberbürgermeister und Landespolizeipräsident. Die Atmosphäre ist feindselig. Der OB droht mit weiterer Eskalation und sofortiger Räumung des Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins. Die Kurdinnen fordern die Zulassung des Marsches. Auf eventuelle Reaktionen der kurdischen Seite bei einer Aufrechterhaltung des Verbots hätten sie keinen Einfluß.

29. 9.: Schließlich kommt es doch noch zu einem Ergebnis. Die Kurdinnen können ab Achern ihren Marsch fortsetzen.

1. 10.: Das „Aktionsbündnis gegen Rassismus“ ruft auf zu einer Demonstration gegen das Verbot des Marsches und gegen die Kriminalisierung der KurdInnen. Es sprechen u. a. ein Rechtsanwalt, Rebecca Pini von medico international und eine Person vom Vorstand des Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins. Um die Situation nicht zu verschärfen, beteiligen sich fast keine Kurden an dieser Demonstration, an der etwa 350 Menschen teilnehmen.

3. 10.: Nach stundenlangen Verhandlungen können am Montag 126 kurdische Frauen (alle, die einen Paß mit sich führen) bei Kehl den Rhein überqueren und ihre Beschwerde gegen die türkischen Menschenrechtsverletzungen beim Europarat persönlich überreichen. Die Genehmigung dazu wird erst erteilt, nachdem das Präsidium des Europarats über die Angelegenheit beraten hat. Die etwa 1000 deutschen Polizeikräfte, die zu diesem Zeitpunkt die kurdischen Frauen regelrecht eingekesselt haben, müssen die Frauen über die Grenze lassen. Diejenigen kurdischen Frauen, die nicht über die Grenze gelassen werden, wollen auf der deutschen Seite warten, bis ihre Delegation vom Europarat zurückkommt. — (rub, scr)



Auch das für Hannover geplante „3. Internationale Kurdistan-Festival“ hatten bundesdeutsche Behörden verboten. Das Festival fand daraufhin am 24. und 25. September im niederländischen Landgraaf in der Nähe von Maastricht statt, der Bürgermeister der Stadt sprach die Grußadresse (Bild). Mehr als 100 000 Kurdinnen und Kurden nahmen an dem Festival teil. — (rül, Foto: H.K.)

benorganisation der PKK. Über den Vorsitzenden des Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins — der gar nicht Veranstalter des Frauenmarsches ist, nach polizeilichen Erkenntnissen aber als Mitveranstalter anzusehen sei — wird zum Beispiel behauptet, er sei „PKK-Anhänger“, da seine Telefonnummer in mehreren beschlagnahmten Adressbüchern von „PKK-Aktivist“ gefunden worden sei.

Obwohl von den Veranstaltern zugesichert worden war, daß bei dem Marsch der Kurdinnen nur Frauen teilnehmen werden und Gewalttaten auszuschließen sind, wurde der Marsch verboten. — (scr)

Chronologie der Ereignisse

Am 25. August wird vom „Internationalen Frauenzentrum e.V. Köln“ und „YEK-KOM Bochum“ ein Frauen-Solidaritätsmarsch beim Ordnungsamt Mannheim angemeldet. Das Ziel des Marsches ist, dem Europarat in Straßburg Beschwerden über die türkischen Menschenrechtsverletzungen vorzulegen. Der Marsch soll am 26. September in Mannheim beginnen und am 3. Oktober in Straßburg vor dem Europarat enden. Der Marsch ist für jede Straße und

strationszug. Die Polizei stellt sich den Kurdinnen mit Pferden und in Stellung gehenden Bereitschaftspolizisten und Sondereinsatzkommandos entgegen. Wasserwerfer fahren von hinten auf. Die Kurdinnen und inzwischen auch Kurden werden eingekesselt. Es zeichnet sich eine von der Polizei gewollte Eskalation ab. Kartoffeln und Zwiebeln werden aus den Reihen der Frauen geworfen. Von irgendwoher wird eine Benzinflasche geworfen, angeblich soll auch ein Polizist mit Benzin bespritzt worden sein. Die Wasserwerfer werden eingesetzt. Die Polizei greift hart und brutal durch. Es gibt mehrere Verletzte. Einem Kurde wird der Arm gebrochen. Eine schwangere Frau verliert ihr Kind.

Etwa 200 Kurdinnen und 130 Kurden werden festgenommen, gefesselt und abtransportiert. Vor dem Abtransport liegen sie wie Vieh gefesselt auf der Straße. Die meisten Festgenommenen werden im Verlaufe der Nacht und des nächsten Tages wieder auf freien Fuß gesetzt.

27. 9.: Etwa 70 Kurdinnen gehen in das Rathaus, um vom Oberbürgermeister die Erlaubnis für den Marsch zu fordern. Der lehnt ab und fordert sie auf, das Haus zu verlassen. Die Frauen bleiben, die Polizei verhindert angeblich

Ein Jahr nach dem Gaza-Jericho-Abkommen

Bericht von einer Veranstaltung mit Karam Khella am 13. September in Stuttgart

Genau ein Jahr nach der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens fand in Stuttgart eine Veranstaltung der Volkshochschule in Zusammenarbeit mit dem Palästina-Komitee statt. Etwa 40 Menschen waren gekommen. Der Referent, Dr. Karam Khella, Hochschuldozent an der Universität Hamburg, freute sich über das international zusammengesetzte Publikum, nahm dies aber zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß zwischen den Informationen in deutschsprachigen Medien und denen aus der arabischen und palästinensischen Presse überhaupt kein Zusammenhang bestehe. Der Abend sollte auch dazu dienen, diesen Bruch in der Kommunikation aufzuheben, die Mauer des Schweigens und der Zensur aufzubrechen. Im folgenden eine Zusammenfassung einiger Aspekte des Vortrages, zu den Auswirkungen des Gaza-Jericho-Abkommens.

Karam Khella sprach zunächst zum historischen Kontext und dem Zustandekommen des Abkommens und fragte, „warum jetzt ausgerechnet auf einmal 1993 ein solcher Vertrag unterschrieben wird, nachdem viel günstigere Anlässe verspielt worden sind, vergeudet worden sind“. Er sieht einen deutlichen Zusammenhang zum Golfkrieg: „Ohne die Aggression gegen den Irak wäre dieses Abkommen nicht zustande gekommen ... Die USA haben sich in einem Zugzwang befunden, den Arabern ein Entgegenkommen zu zeigen und ihnen zu sagen, wir haben nichts gegen euch, wir wollen nicht die große antiimperialistische Revolution in dieser Region haben, wir wollen die Probleme dieser Region lösen, und was ist euer größtes Problem: Das ist der Palästina-Konflikt, also wir bieten euch eine Lösung. Und so war der Vertrag, das Gaza-Jericho-Abkommen, zustande gekommen.“ In praktischer Hinsicht sei der Vertrag völlig ohne Bedeutung, wesentlich sei die Propaganda über den Vertrag, die Suggestion, das Palästina-Problem sei gelöst.

Der Vertragsinhalt

Das Vertragswerk bestehe aus drei Hauptteilen. Erstens eine Korrespondenz zwischen dem Vorsitzenden der PLO, Arafat, und dem israelischen Ministerpräsidenten, Rabin. In dem Brief Arafats, der offensichtlich im israelischen Außenministerium entworfen worden sei, verzichte Arafat auf die historischen Ansprüche der Palästinenser. „Dieser Vertrag hat kein einziges Merkmal eines Friedensabkommens, sondern ist ein eindeutiger Vertrag, den der Sieger und egoistische Gewinner dieser Schlacht diktiert hat und der nunmehr von dem Unterworfenen, dem Besiegten unterschrieben wird.“

Die zweite Abteilung, die sogenannte „Prinzipienerklärung“, sei ein Gegenstück zur palästinensischen Nationalcharta von 1968, in der Prinzipien des Befreiungskampfes und seine Ziele ausformuliert seien. K. Khella führte aus, daß sich aus allen Forderungen des palästinensischen Befreiungskampfes drei grundlegende Forderungen, über die auch unter allen palästinensischen Organisationen Konsens bestehe, herausgestellt haben, nämlich Eigenstaatlichkeit, Rückkehrrecht und Selbstbestimmungsrecht. Die Prinzipienerklärung dagegen verneine direkt oder indirekt gerade diese drei Forderungen.

Schließlich enthalte das Abkommen fünf sogenannte Anhänge: „... Wenn ich an so einen Text herangehe, frage ich mich in erster Linie, das tut Ihr auch, was bringt das der benachteiligten Seite, was bringt das den Palästinenserinnen und Palästinensern. Genau unter diesem Gesichtspunkt prüfte ich die Anhänge. Eigentlich an keinem Punkt erkenne ich spürbare Verbesserungen ... Dieses Abkommen läuft unter dem Leitspruch ‚Autonomie‘. Das Wort Autonomie spielt in der Nachkriegszeit eine bedeutende Rolle in dem Sinne, daß eine Selbstverwaltung vorgesehen ist. Das hört sich gut an, aber warum sagt man Autonomie und verzichtet auf das, was die Betroffenen selber fordern, nämlich die Eigenstaatlichkeit, d.h. Staat? Der Ausdruck Autonomie ist im völkerrechtlichen Diskurs eingeführt worden als Alternative zum Staat. Das heißt, wenn jemand sagt, ein Staat für die Palästinenser ist nicht vorgesehen, provoziert das alle Palästinenser. Sie sagen, dann müssen wir uns organisieren und diesen Staat mit militärischen Mitteln erkämpfen. Und um diesen Provokationseffekt zu vermeiden, sagt man Autonomie für die Palästinenser ...

Bringt diese Autonomie real im Alltag der Betroffenen irgendwelche Vorteile ...? Das Abkommen verspricht nichts, was die Palästinenser nicht vorher im Laufe von siebenjähriger Intifada schon erkämpft, verwirklicht und praktiziert haben. Sie haben real durch die Intifada seit 1987 bis zum Zeitpunkt des Abkommens sich so weit selbstorganisiert, daß sie die Eigenversorgung, die gesundheitliche Versorgung, die soziale Versorgung mit breiter arabischer Unterstützung, mit internationaler Solidarität erzwungen und aufgebaut haben. Mit anderen Worten, lange vor dem Abkommen haben die Palästinenser im Aufstandsgebiet eine eigene, revolutionär errichtete Selbstverwaltung realisiert. Sie konnten dies in den selbstverwalteten Gebieten infolge eines Erfolgs der Intifada alles eigenständig tun, während nach dem Gaza-Jericho-Abkommen Israel sich in allen Fragen die Aufsicht über die Palästinenser vorbehält ... Ganz ausdrücklich verbieten die Anhänge das Recht der Palästinenser zur Selbstverteidigung. Israel behält sich ausdrücklich die innere und äußere Sicherheit vor ...

Ein spezieller Anhang verpflichtet die PLO im Falle eines Krieges, den Israel führt, in den Selbstverwaltungsgebieten für Sicherheit und Ruhe zu sorgen.

Die Auswirkungen

Im zweiten Teil seines Vortrages befaßte sich Karam Khella mit der Bedeutung des Gaza-Jericho-Abkommens für die PalästinenserInnen, für die gesamte arabische Welt, für den Süden insgesamt und weltweit. Im folgenden Auszüge aus seinen Ausführungen zu den ersten beiden Punkten.

Bedeutung des Abkommens für Palästina: „Die Option der Europäer, Frieden zu haben ohne die Freiheit der Völker, ist verständlicherweise in Europa

erwünscht, aber von den betroffenen, benachteiligten Völkern ist das nicht leistbar. Ich möchte nicht durch die Welt mit israelischen Reisepapieren reisen, ich möchte nicht, daß meine Kinder in einem Land aufwachsen, in dem Schulen verboten sind. Da müssen den Palästinensern entweder die legitimen souveränen Rechte gewährt werden oder das Recht zum Widerstand. Beides wird ihnen genommen. Der Sinn dieses Abkommens von israelischer und imperialistischer Seite besteht wahrscheinlich vor allem darin, daß die Intifada, die im Laufe von sieben Jahren nicht zerschlagen werden konnte, nunmehr durch ein Abkommen mit einer palästinensischen Seite gespalten werden soll ...

Wenn der Staat Israel ein Abkommen unterzeichnen will, dann soll er dieses Abkommen mit den Betroffenen unterzeichnen. Die betroffenen Palästinenser leben ja alle unter israelischer Herrschaft, also kann Israel mit diesen Palästinensern verhandeln. Israel hat das aber nicht getan, es wollte einen Politiker als Gesprächspartner, der nicht im besetzten Palästina lebt. Arafat lebt seit etwa 40 Jahren nicht in Palästina ... Zumindest hat er als Exilpalästinenser ganz andere Probleme. Aber von den Exilpalästinensern sagen die Verträge

ausdrücklich, daß sie nicht das Recht zur Rückkehr haben — bis auf fünftausend Menschen zum Aufbau der Selbstverwaltung unter Arafat. Das heißt, diejenigen, die nicht zurückkehren wollen, aber vielleicht ihre Lage außerhalb in irgendeiner Form politisch aufgebaut haben und nur Interessen der Exilpalästinenser darstellen, entscheiden über die, die unmittelbar betroffen sind ...

Die Palästinenser in den besetzten Gebieten haben sich organisiert. Sie haben die VNF aufgebaut, die Vereinigte Nationale Führung ... Wenn Israel wirklich den guten Willen hätte, mit den Betroffenen zu verhandeln, dann ist dort ein Verhandlungspartner präsent, anerkannt und legitimiert ... Es ist in der Tat nicht übertrieben und nicht überspitzt zu sagen, daß dieser Vertrag für die Palästinenser einen Spaltungseffekt hat, der wahrscheinlich auch von kurzer Dauer ist. Wer Illusionen hatte unter den Palästinensern, daß dieser Vertrag etwas einbringen wird, hat von diesen Illusionen schon Abschied genommen.“

Bedeutung der Verträge für die arabische Welt: „Im hiesigen Diskurs, im europäischen Sprachgebrauch, stellt man sich einen Gegensatz vor von Arabern und Juden. Das ist eine europäische Sichtweise, die nicht real ist ... Der Versuch der Europäer, rassistische Traditionen aus der europäischen Geschichte auf die Araber zu übertragen, befriedigt eventuell lokale Vorurteile in Deutschland und Europa, aber trägt in keiner Weise zur Verbesserung, geschweige Lösung dieses Konfliktes bei ...

Was ist denn das Interesse daran, mitten in der arabischen Welt einen Konflikt zu schüren, der sich aus der Realität einer multikulturellen Gesellschaft,

was die arabische Welt ist, nicht ableiten läßt? Offensichtlich gibt es weltweit eine Tendenz zur Fragmentierung. Diese Fragmentierung in Staaten, Kleinstaaten, Ministatzen, jede Konfession soll ihren Staat haben, Separatismus überall, ist nicht hausgemacht, wird hineingetragen. In diesen Ländern wird jeder Stamm gegen den anderen ausgespielt, jede Sprache soll eine Nation werden, jede religiöse Glaubensgemeinschaft soll auch ihren eigenen Staat haben. Die Mächtigen in dieser Welt, der EG-Block, die NATO, die USA versprechen sich, daraus globale Herrschaftssicherung und Expansionsmöglichkeiten zu realisieren. Wenn sie konfrontiert werden mit größeren Blöcken wie Jugoslawien, Äthiopien oder Indien, scheitern sie an der Wehrhaftigkeit föderativer Staaten. Deshalb muß alles zerstückelt werden. Wenn die Völker es nicht begreifen, der Fragmentierung entgegenzuwirken, indem sie das Prinzip des Vielvölkerstaats etablieren und sichern, dann werden sie nacheinander auf dem Blutaltar des Imperialismus geopfert ...

Nun, die Politik des Westens hat noch vor dem Golfkrieg nicht nur provoziert in der arabischen Welt und anderswo, sondern auch das Versagen gezeigt, daß irgendein Problem in Afrika, Asien oder im arabischen Raum in einer Weise gelöst würde, die die Menschen dort befriedigt. Die arabischen Völker haben dem Gaza-Jericho-Abkommen eine Chance gegeben. Gut, wir warten ab und sehen, was da rauskommt. Nun also ernten sie das Scheitern dieses Abkommens, und es tritt eine Phase der Desillusionierung und der Ernüchterung ein, daß man sagt, waren wir betrogen, so waren die Palästinenser zuallererst Leidenträger dieses politischen Betruges, es muß neu gehandelt werden.

Dann kommt noch etwas dazu: ein Jahr Frieden zwischen Israel und Palästina, sagt die Propaganda, das sagen nicht die Libanesen. Das war das grausamste Jahr ihrer ganzen Geschichte seit Israels Gründung. Libanon steht seit dem Abkommen und gerade auch während der Unterzeichnung des Abkommens unter dem Bombenhagel der Zionisten. Die größte Aggression Israels am 26. Juli 1993, also am Vorabend der Unterschrift, ist noch nicht vergessen worden. Diese Bombardierung des Südlibanon durch die Zionisten hält unvermindert an. Niemand kann in diesem Gebiet in sein Bett gehen mit der Sicherheit, daß er in dieser Nacht nicht bombardiert wird. Es gibt in der Tat ein ganz großes Auseinanderklaffen zwischen der Realität und der Propaganda, zwischen Realität und Scheinrealität.“

Karam Khella legte großen Wert auf die Feststellung, daß der Palästina-Konflikt nichts Besonderes sei, nichts, was nicht an allen Punkten dieser gespaltenen Welt auftrete. Die Apartheid in Palästina sei nicht abzukoppeln von der internationalen Apartheid. Realisierbare Konfliktlösungen setzten eine grundlegende Änderung der Strukturen dieser gespaltenen Welt voraus.

Einige Anwesende, so schloß er, seien am Ende seines Vortrags vielleicht beunruhigter als zu Beginn des Abends. Er habe sein Referat als Basisinformation verstanden, um zu desillusionieren und um gemeinsame Gedanken zu entwickeln, was wir dagegen tun könnten.

Das Palästina-Komitee Stuttgart will den Vortrag und die Diskussion als Broschüre veröffentlichen. — (eve)



Kampf um die Renten

Protestaktionen gegen die Pläne der italienische Regierung

Lange hatte Berlusconi die Gewerkschaften in Verhandlungen über das Finanzgesetz 1995 hingehalten und besänftigt: Die Regierung werde die erworbenen Rechte bei den Renten nicht anrühren. Dann kam Ende September der Gesetzentwurf auf den Tisch und damit die knallharten Vorhaben: 48000 Mrd. Lire (ca. 48 Mrd. DM) will die Rechtsregierung im nächsten Jahr einsparen bzw. mehr einnehmen, davon im Gesundheitswesen 6000 Mrd. Lire und bei den Renten 5000 Mrd. Die Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL konnten nicht mehr anders, als ihre Drohung wahr zu machen und für den 14. Oktober zu einem halbtägigen Generalstreik aufrufen.

Auf der betrieblichen Ebene hatten gewerkschaftliche Körperschaften schon seit dem 8. September, als immer neue Streichungspläne bei den Renten bekannt wurden, spontane Arbeitsniederlegungen organisiert; so bei Fiat in Turin, Alfa Romeo und Pirelli in Mailand, in Textilunternehmen, bei den Beschäftigten der Region Emilia Romagna und in vielen anderen Betrieben. Einen Höhepunkt erreichten diese Arbeitsniederlegungen am 29. September nach dem Bekanntwerden des Gesetzentwurfs, als vielerorts Tausende zeitweise in den Ausstand traten. In Bologna blockierten sie die vielbefahrene Autobahn-Tangenziale, im toskanischen Pontedera legten tausend Beschäftigte von Piaggio für eine halbe Stunde die Zugstrecke Florenz-Pisa lahm.

Berlusconis Rentenpläne

Viele Einzelheiten der Rentenpläne sind noch unklar, noch in Umarbeitung, noch innerhalb der Rechtskoalition umstritten, unterschiedlich interpretiert oder noch nicht veröffentlicht.

Klar sind aber einschneidende Vorhaben:

— Das Rentenalter der abhängig Beschäftigten, heute 61 Jahre bei Männern und 56 bei Frauen, soll erhöht werden; im Jahr 2000 soll es für Männer 65 Jahre und für Frauen 62 Jahre sein. In der Zwischenzeit soll es stufenweise erhöht werden, zum 1. Juli 1995 um ein erstes Jahr.

— Die Rentenhöhe soll erheblich gesenkt werden durch eine Reduzierung des Berechnungskoeffizienten von heute 2% auf 1996 1,75% und 1997 1,5%.

— Die Anpassung der Renten an die Teuerung, die Scala mobile bei den Renten, soll eingeschränkt werden, indem nicht mehr die tatsächliche Teuerung, sondern die von der Regierung „geplante Inflation“ zugrundegelegt wird. Die 1995er Ausgleichszahlungen sollen um ein Jahr verschoben werden.

— Die „Dienstaltersrenten“ — bisher konnte man nach 35 Beschäftigungsjahren ohne Abschläge in Rente gehen — werden verändert. Zunächst sind per Regierungsdekret alle solchen Verrentungen bis zum 31.1.1995 blockiert mit Ausnahme von Beschäftigten mit bereits 40 Dienstjahren, Vorruheständlern in Krisenunternehmen und — willkürlich — den Beschäftigten des staatlichen Rundfunks RAI und der Post. Schätzungsweise 500000 Antragsteller sind von dieser Blockierung betroffen. Danach sollen die „Dienstaltersrentner“ entweder ein weiteres Jahr zuwarten oder Abschläge bei den Renten in Kauf nehmen.

Ziel: Privatversicherung

Das italienische Rentensystem hat seine heutige Form mit der Anbindung an



Mit einem Generalstreik am 7. März 1968 (Bild) und zwei weiteren im November 1968 und Februar 1969 setzten die Gewerkschaften eine Verbesserung der Rentenversicherung durch. Dagegen läuft die Berlusconi-Regierung heute Sturm.

die allgemeine Lohnentwicklung und die Steigerung der Lebenshaltungskosten seit drei gewerkschaftlichen Generalstreiks in den Jahren 1968/69. Schon die beiden letzten Regierungen unter Amato und Ciampi hatten Einschnitte vollzogen. Hier macht die Rechtsregierung weiter. Berlusconi erklärt, entweder kämen seine „Reformen“, oder die Renten könnten angesichts eines Milliardendefizits der Rentenversicherung nicht mehr gezahlt werden. Hinter großen Defiziten und den daraus abgeleiteten angeblichen Sachzwängen wird alter und neuer Klientelismus versteckt. Die Kräfte der Christdemokratie und der Sozialistischen Partei hatten die Rentenversicherung in verschiedenen Formen zur Bedienung ihrer Klientel benutzt (Einbeziehung von Selbständigen mit wenig Beitragsleistung, großzügige Vergabe von Invalidenrenten als politische Gefälligkeit). Und auch Berlusconi schneidet mit den Maßnahmen ganz gezielt: Einerseits bedankt er sich bei der Wählerschaft der Rechtskoalition, indem er Selbständige, Freiberufler usw. aus den Kürzungsmaßnahmen herausnimmt und sich auf die abhängig Beschäftigten wirft. Zweitens führt die Einschränkung bei der öffentlichen Renten- und Gesundheitsver-

sorgung absichtsvoll und zielstrebig zur Förderung der Privatversicherer, die einen riesigen Markt sehen. Nicht zuletzt Berlusconi selbst ist mit seinem Mediolanum-Versicherungskonzern persönlich interessiert.

Nicht alle Kräfte der Opposition lehnen Privatisierungspläne bei der Sozialversicherung rundweg ab. In der Linksdemokratischen Partei gibt es dazu unterschiedliche Auffassungen. Aber der Generalsekretär der Gewerkschaft der Rentner Spi/CGIL, Raffaele Minelli, warnte: „Wir erleben einen unglaublichen Druck in Richtung Lebensversicherungen, es gibt einen gigantischen Werbeaufwand aller Versicherungsgesellschaften, man kann nicht mehr in die Bank gehen, ohne von einer Flut von Angeboten überrollt zu werden. Aber die Ziffern, die sie zeigen, sind verfälscht. Keine Versicherungsgesellschaft kann die Kaufkraft der Leistungen am Vertragsende garantieren. Das ist ein Vorzug der öffentlichen Sozialversicherung, der einzigen, die sich auf den realen Reichtum des Landes stützen kann. Auch wenn man alle möglichen Ergänzungen annimmt, darf diese Basis nicht verschwinden.“

Quellen: (1) „la Repubblica“, 30. 9. 94; (2) „Liberazione“, 16. 9. 94 — (rok)

Autkonzern Renault soll veräußert werden

Französische Regierung packt weiteres Projekt zur Privatisierung von Staatsbetrieben an

Die Regierung Balladur hat durch Privatisierung von Staatsbetrieben im letzten Jahr den Staatshaushalt um 46 Milliarden Francs verbessert. Das Verschachern an Private begann im letzten Jahr mit der Bank BNP, der Crédit local de France und dem Pharma-Konzern Rhone-Poulenc. Weitere 70 Mrd. Francs brachte die Aktienausgabe für den größten Energiekonzern Elf-Aquitaine und die Versicherungsgesellschaft UAP.

Im August kündigte Balladur an, daß jetzt der Automobilkonzern Renault dran ist. Renault wurde 1945 von de Gaulle verstaatlicht wegen der Kollaboration von Louis Renault mit den deutschen Faschisten. 1987 sollte der Konzern schon einmal privatisiert werden, das Projekt wurde aber auf die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen 1988 verschoben. Seitdem sind Teilbereiche des Konzerns privatisiert — und keineswegs nur von rechten Regierungen.

Industrieminister Longuet hat die Umwandlung von 28 Prozent Staatskapital in Aktien als Etappe bezeichnet. Die Ankündigung Balladurs, der Staat behalte 51 Prozent des Konzerns, dürfte nach den Präsidentschaftswahlen 1995

— sofern Balladur gewählt wird — Schnee von gestern sein. Balladur will offensichtlich vor den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr größere politische Erschütterungen vermeiden. Zwölf Prozent des Konzerns hält jetzt schon der schwedische Automobilkonzern Volvo, fünf die französischen Konzerne Axa, Matra, Elf und die Bank BNP. Vier Prozent des Konzerns sollen den Beschäftigten als Vorzugsbeteiligung angeboten werden. Eine Kapitalerhöhung um zwei Mrd. Francs ist geplant, und vor allem durch Aufgabe von Beteiligungen hat Renault im ersten Halbjahr 1,7 Mrd. Francs Gewinn in die Bilanz geschrieben. Die Belegschaft wurde zwischen 1987 und 1993 von fast 190000 auf 120000 abgebaut. Die Regierung macht dem interessierten Publikum den Braten also recht schmackhaft. Eine deutliche Mehrheit in der französischen Gesellschaft befürwortet die Privatisierung der Staatsbetriebe, und die Regierung rechnet allein bei der Renault-Umwandlung mit Einnahmen von mehr als zehn Mrd. Francs.

Widerstand gegen die Privatisierung kommt aus dem Lager der Linken. Von der PCF über die PS bis hin zu Teilen

der Grünen reicht die Ablehnung des Privatisierungsvorhabens bei Renault und die Bereitschaft, dagegen zu kämpfen. Die Gewerkschaft CGT hat am 20. September einen ersten „nationalen Aktionstag“ gegen die Privatisierung und für Lohnerhöhungen durchgeführt. Von der PCF wurde eine Kampagne für eine Petition begonnen, die die Privatisierung stoppen soll. Statt der Privatisierung des Konzerns sollen der Belegschaft mehr Rechte eingeräumt werden.

Die Linke befürchtet, daß sich durch die Privatisierung von Renault die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung weiter drastisch verschlechtert. Das von der Regierung aufgelöste Zentrum für Einkommen und Kosten (CERC) hatte im Frühjahr einen Bericht veröffentlicht, demzufolge sich von den 25 Millionen Erwerbstätigen fast zwölf Millionen in einer schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Lage befinden. Die Armut nimmt rasant zu. Knapp sieben Millionen leben mit unsicheren Anstellungen, und fünf Millionen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, leben von Sozialunterstützung. Sechs Millionen Arbeitsplätze gelten als gefährdet. 40 Prozent der 3,3 Millionen Ar-

beitslosen sind Langzeitarbeitslose. Von den knapp 58 Millionen Bewohnern Frankreichs leben 7,5 Millionen von Einkommen zwischen 2300 und 3100 Francs, zwischen 750 und knapp 1000 Mark.

Trotz Ankündigung der Regierung, die Einnahmen aus den Privatisierungen für den Abbau der staatlichen Verschuldung zu verwenden, wandern die Mittel auch in den laufenden Staatshaushalt. Bisher wurden 18 Mrd. Francs in das Haushaltsdefizit, 19 Mrd. in Staatsbetriebe und 8,7 Mrd. Francs als Konjunkturprogramme an die Kapitalisten gezahlt. Das Regierungsprogramm sieht die Privatisierung von 21 staatlichen Betrieben vor. Im bürgerlichen Lager wird gewarnt, daß, was einmal verkauft ist, kein zweites Mal veräußert werden kann. Und als Mittel zur Eindämmung der Schulden? Die Staatsverschuldung ist in zwei Jahren um mehr als 1000 Mrd. Francs auf knapp 2900 Mrd. Francs gestiegen. Allein als Schuldendienst an die Banken sind in den Haushalt 1995 200 Mrd. Francs eingestellt. Mit der Privatisierung werden die Reichen ein weiteres Mal von der Regierung Balladur bedient. — (map)



Foto: af/mz

Aus: Rede von Rüdiger Anhalt (ACT UP Frankfurt)

(...) Wie wollen Minister Seehofer und die Bundesregierung die unverantwortliche Kürzung — vor dem Hintergrund gleichbleibend hoher Neuinfektionszahlen mit dem HI-Virus, — vor dem Hintergrund, daß sich erschreckend noch mehrheitlich sehr junge Menschen infizieren, — vor dem Hintergrund erheblich steigender Neuinfektionen bei Frauen, — vor dem Hintergrund steigender AIDS-Kranker, — vor dem Hintergrund zunehmender AIDS-Toter erklären?

Noch am 10. April sagte Minister Seehofer anlässlich einer ACT UP-Demo in Wiesbaden zu, den Etat für Prävention angemessener auszustatten. Nur drei Wochen später kündigte seine Staatssekretärin Bergmann-Pohl eine 20%ige Kürzung an...

Wir fordern den Minister und die Bundesregierung auf, die Mittelkürzung zurückzunehmen und das Versprechen, die Gelder für AIDS-Prävention angemessener zur Verfügung zu stellen, einzuhalten. Wir fordern eine stärkere finanzielle Unterstützung für AIDS-Hilfen... Wir fordern eine stärkere Unterstützung der Erforschung von HIV und AIDS. Die Forschung muß den Menschen in den Vordergrund stellen. Wir fordern eine betroffenenbestimmte Medikamentenpolitik und die schnellere Zulassung von Medikamenten, die in anderen Ländern bereits erprobt sind. Wir fordern frauenspezifische Programme bei der AIDS-Prävention... Wir fordern die Entkriminalisierung des Drogengebrauchs und die Substitution nach den Bedürfnissen der DrogengebraucherInnen...

Beim Abschlußplenum würdigten die Teilnehmer die Gastfreundschaft im Maritim-Hotel und Stuttgart mit minutenlangem Beifall. Die nächste Bundesversammlung der Menschen mit HIV und AIDS wird im kommenden Jahr in Köln stattfinden, 1996 ist Leipzig vorgesehen. (Über die Stuttgarter Hocketse wird zu einem späteren Zeitpunkt berichtet.)

— (Ralf, Rainbowgruppe der AIDS-Hilfe)

„Offensiv positiv“

5. Bundesversammlung der Menschen mit HIV und AIDS

Die 5. Bundesversammlung vom 8. bis 10. September in Stuttgart hatte mit der Installation von Gedenksteinen begonnen: Teilnehmer, Angehörige und Freunde ließen im Rahmen des Projekts „Denkraum“ der Deutschen AIDS-Stiftung vor dem Torbogen des Alten Schlosses Namenssteine zum Gedenken an die Opfer der Immunschwächekrankheit ins Pflaster des Schillerplatzes ein. Noch viele HIV-positive Menschen müssen in Anonymität leben, die oft über den Tod hinausreicht: Viele Angehörige scheuen es, eine Todesanzeige aufzugeben.

Während der Bundesversammlung unter dem Motto „Offensiv positiv“ diskutierten 400 Teilnehmer über ihr Verhältnis zu Liebe und Partnerschaft, über Trauer und Tod. Schwerpunkte bildeten Aktionen, in denen Forderungen an die Politik im Vorfeld der Bundestagswahl gestellt wurden. Standen 1990 noch 34 Millionen Mark für die AIDS-Prävention im Etat des Bundesgesundheitsministeriums zur Verfügung, so verringerte sich dieser Betrag auf 20 Millionen Mark.

„Wir werden bei konstant 6000 Neuinfektionen pro Jahr die für 1995 angekündigte Kürzung der Mittel auf 18 Millionen Mark nicht hinnehmen“, sagte zum Abschluß bei der Versammlung

Bernd Aretz. Entschieden wandte sich das Vorstandsmitglied der Deutschen AIDS-Hilfe auch gegen die von Gesundheitsminister Seehofer praktizierten Vorgaben bei der Mittelverwendung:

„Die Beschränkung auf Präventionsmaßnahmen wie Plakate und Kondomverteilung genügt nicht, es geht um Leben mit AIDS!“

Trotz Regen ließen sich die meisten Teilnehmer sowie FreundInnen und solidarische MitstreiterInnen aus Stuttgart und Umgebung nicht davon abhalten, auf die Situation der Menschen mit HIV und AIDS aufmerksam zu machen. Mit Trillerpfeifen und Transparenten („Genug ist genug! Schweigen = Tod“, „Horst Seehofer — Schuldig!“, „Horst Seehofer = Lügner!“, „Stolz darauf, gegen AIDS zu kämpfen“) versehen zogen wir vom Tagungsort, dem Maritim-Hotel, zum Rathaus. Hier hielt u.a. Rüdiger Anhalt von ACT UP Frankfurt eine Rede (siehe nebenstehende Auszüge).

„Wahlprüfsteine“ nannten wir selbstgebastelte Pappquader, die wir vor dem Rathaus zu einer Mauer aufbauten: „Ohne Lüge sterben“, „Für die rechtliche und soziale Gleichstellung von Lesben und Schwulen“ oder „Mehr Forschungsgelder!“ lauteten die Aufschriften — Aufforderungen, AIDS auch im

Wahlkampf zu einem Thema zu machen.

Während der jetzt über zehn Jahre dauernden AIDS-Krise hat es zweifellos medizinische Fortschritte gegeben. Wir wollten nicht vergessen, daß die verbesserten Therapiemöglichkeiten u. a. Folge des politischen Engagements vieler Menschen mit HIV und AIDS, ihrer Angehörigen und FreundInnen sowie ihrer engagierten HIV-Schwerpunktärzte und nicht zuletzt der amerikanischen „Gay Community“ sind. Durch Aktionen des zivilen Ungehorsams und verschiedene politische Aktivitäten konnten Forschungsprojekte durchgesetzt, Forschungsgelder erkämpft werden. Reagan konnte seine Politik der tödlichen Ignoranz nicht mehr in der gleichen skrupellosen Art und Weise wie zu Beginn der Epidemie fortsetzen. Es ist ein Skandal, daß Deutschland unter den AIDS-Forschung betreibenden Ländern an letzter, nämlich 15. Stelle liegt und kleine Länder wie Belgien, Holland oder Dänemark größere AIDS-Forschungsetats haben.

Nach der Kundgebung am Rathaus zogen wir zu den am Schillerplatz installierten Gedenksteinen. In einer Schweigeminute gedachten wir unserer verstorbenen FreundInnen und Angehörigen.

Kritik am EU-Gipfel soll isoliert werden

Essen. Die Vorbereitungen für die Aktionen gegen den EU-Gipfel Anfang Dezember in Essen sind in den letzten Wochen vorangekommen. Eine Aktionskonferenz am 10.9.1994 hat sich auf einen Aufruf geeinigt und eine Rahmenplanung verständigt. Eröffnet werden die Gegenaktionen mit einer Podiumsdiskussion am Freitag, 9.12., zu der u. a. Vertreter der Grünen, der PDS und der Ökolinken kommen werden. Am Samstag, 10.12., ist die geplante Demonstration, am Sonntag der „Gegenkongreß“. Diese Planung läßt viel Raum für die Diskussion über eine linke Kritik an der EU und an der BRD-Außenpolitik.

Eine solche Kritik soll anscheinend mit allen Mitteln unterbunden werden. „Schnoor rechnet mit Gewalt beim Gipfel“, überschrieb die Neue Ruhr Zeitung einen Artikel auf Seite 1 am 17.9.1994. Er bezieht sich auf Aussagen des nordrhein-westfälischen Landesinnenministers bei der Vorlage des Landesverfassungsschutzberichtes. In diesem Bericht findet sich ein eigener Abschnitt zum EU-Gipfel, in dem der Staatsschutz „gewalttätige Aktionen im Vorfeld und

während des EU-Gipfels“ — man muß schon sagen: — herbeiredet.

Tatsächlich dürfte es keine wirklichen „Erkenntnisse“ geben. Bei den Aktionskonferenzen ging es stets um eine politische Aktion. Die staatliche Hetze kann und soll die Sammlung eines breiteren Spektrums oppositioneller Kräfte stören. Z. B. wird es schwieriger, Gewerkschafter zum Gegenkongreß einzuladen. Das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel hat sich deswegen mit einem Brief an das Landesinnenministerium gewendet und führt in diesen Tagen eine Pressekonferenz zum Stand der Vorbereitung der Aktion gegen den EU-Gipfel durch. — (wof)

Landtagsdebatte Wahlkampfsplitter

Stuttgart. Vor zwei Wochen erregte sich Finanzminister Mayer-Vorfelder über den Aufruf „Keine Brandstifter in den Bundestag“ von Miteinander Leben. Was hat nun des Ministers Unmut hervorgerufen? Es war die schlichte Tatsache, daß „der Landesverband der Südwest-SPD u. a. mit der PDS und der VVN“ gemeinsam zum landesweiten Aktionstag am 8. Oktober aufruft. „Wer



Das „Kölner Bündnis gegen Rechts“ vertreibt in Zusammenarbeit mit einer Kölner Künstlerin das nebenstehende Plakat im Kölner Raum. Das Plakat wird auch dazu benutzt, faschistische Wahlplakate der Deutschen Liga im Kommunalwahlkampf zu überkleben. — (jöd)

WER RECHTS WÄHLT
HAT SICH VERIRRT

BOSCH

Vertrauensleute fordern 300 DM Festgeld

Auf der gewerkschaftlichen Vertrauensleute-Versammlung von Bosch Feuerbach beschlossen 150 Vertrauensleute ohne Gegenstimme und Enthaltung folgende Resolution mit einer Tarifforderung von 300 DM für 1995:

„In den letzten Jahren mußten die Beschäftigten bei Bosch erhebliche Reallohnverluste hinnehmen. Die niedrigen Tarifabschlüsse wurden — obwohl sie zusammen mit dem Sozialabbau bei Bosch sehr schmerzhaft waren — akzeptiert, da gleichzeitig wichtige tarifvertragliche Regelungen wie die etappenweise Arbeitszeitverkürzung auf die 35-Stundenwoche und die Möglichkeit weiterer betrieblicher Arbeitszeitverkürzungen zur Sicherung der Arbeits-

plätze erreicht wurden.

Die Vertrauensleute von Bosch Feuerbach fordern eine monatliche Einkommenserhöhung von 300 DM für alle. Damit sollen die Einkommen in der Fertigung und fast aller Facharbeiter und Facharbeiterinnen und Angestellten in den niedrigen Einkommensgruppen stärker angehoben werden. Wir halten dies für einen notwendigen solidarischen Beitrag, um denen zu helfen, die am stärksten von der Teuerungswelle betroffen sind.

Eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung ist auch notwendig, um die Massenkaufkraft zu stärken, um damit die Inlandsnachfrage zu beleben und damit den Konjunkturanstieg zu sichern.“

— (rkw)

Köln

Bundeskongreß der DL wurde verboten

Am Sonntag, den 2. Oktober, demonstrierten ca. 800 Menschen gegen den Parteitag der „Deutschen Liga“.

Der Parteitag sollte ein Höhepunkt ihres von menschenverachtenden, rassistischen und „law and order“-Parolen geprägten Kommunalwahlkampfes in Köln werden. Stattdessen verbot ihnen die Kölner Polizei die Durchführung, und sowohl das Kölner Gericht als auch das Obergerverwaltungsgericht Münster bestätigten das Verbot. In seiner Begründung führt das Verwaltungsgericht aus, daß „angesichts der gespannten Lage, zu deren Entstehung auch Aktivitäten der Deutschen Liga beigetragen hätten, schwerwiegende Zusammenstöße und Gewalttaten beim Aufeinandertreffen von Kundgebungsteilnehmern und Gegendemonstranten zu erwarten seien“. Zwar sei es Aufgabe des Polizeipräsidenten, auch „unliebsame Veranstaltungen... zu schützen“, die Deutsche Liga habe es aber an Bereitschaft fehlen lassen, mit der Polizei zu kooperieren. So weit — so schlecht. Offensichtlich hätte es ausgereicht, wenn die Deutsche Liga der Polizei gesagt hätte, wir sind da und da und haben z.B. die und die Wehrsportgruppe zum

Schutz angeheuert, und man hätte nicht verboten. Aber das Verbot, so wie es dann ausgesprochen war, galt für den ganzen Regierungsbezirk. Und die Polizei zog auch vor vermuteten Lokalen auf, um das Verbot durchzusetzen.

Wenn die Verbotsverfügung von „gespannter“ Situation spricht, hatte sie sicher auch die letzte spektakuläre Aktion der DL im Auge, die diesmal vor allem bei der Kölner CDU für Aufregung sorgte:

Anfang letzter Woche klebte die Deutsche Liga — nach eigener Aussage 15000 — Plakate mit dem Konterfei des Ex-Oberbürgermeisters und Ex-Bundeskanzlers Konrad Adenauer, versehen mit den Worten „Er würde heute Deutsche Liga wählen“, und brachte entsprechende Flugblätter in Umlauf. In einer Presseerklärung bedankte sie sich bei der Familie Adenauer und der *Kölnischen Rundschau* für die freundliche Unterstützung und die Bildrechte. Der Enkel Adenauers, der z. Zt. für die CDU-Köln zum Stadtrat kandidiert, dementierte umgehend. Per einstweiliger Verfügung wurde der DL gegen ein Ordnungsgeld von 500 000 DM untersagt, die Kampagne weiterzuführen. Ein Prozeß steht ihr ins Haus. — (u. b.)

Vereinigung der Verfolgten des Naziregime — Bund der Antifaschisten

„Diese Regierung abwählen!“

Die VVV-BdA NRW verbreitet in diesen Tagen das hier dokumentierte Flugblatt.

Wir mögen uneins sein über das Wie, aber einig sind wir uns über das Ob: Die jetzige Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP muß abgewählt werden. Wie auch immer.

Wir rufen auf zur Wahl am 16. Oktober. Wir rufen auf, den Einzug der Neofaschisten ins Parlament zu verhindern. Wir meinen aber auch: Wenn die Konzepte des Neofaschismus und Rassismus aus der Regierungspolitik verbannt werden sollen, dann müssen die angeblich „christdemokratischen und sozialen“ Unionsparteien und ehemals „freien“ Demokraten abgewählt werden.

Kurz vor der Bundestagswahl stellen wir fest: Die Einvernahme der DDR durch die BRD — die Regierenden nennen es „Deutschland wurde größer“ — hat den Neofaschisten ihren größten politischen Erfolg gebracht. In diesem Deutschland wurde es möglich, das Asylrecht faktisch zu beseitigen. Das gab dem rassistischen Terror Auftrieb, wie das Verbrechen von Solingen zeigte. Bürger ohne deutschen Paß wurden weiter entrechtet. Die Ärmsten wurden zum Sündenbock und Sozialschmarotzer gestempelt und weiter mit Sozialabbau belegt. Es wurde der Grundsatz, von deutschem Boden darf nur noch Frieden ausgehen, abgeschafft, indem der Bundeswehr ein Auftrag zur weltweiten Kriegsführung ermöglicht wurde. Rüstung und Rüstungsexport rauben das Geld für Sozialprogramme und Hilfen für die Ärmsten.

Nun haben die Regierungsparteien

weitere Programmpunkte der Neofaschisten der Verwirklichung näher gebracht: Schritte auf dem Weg zum starken Staat wurden gegangen, indem mittels angeblichem „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ die Verkopplung der Geheimdienste mit der Polizei auch offiziell vollzogen wurde. Die Lehre aus dem Staat der Gestapo wurde mit Füßen getreten. So auch die Lehre aus den Auseinandersetzungen von vor 1933: Wieder werden Antifaschisten zu „rotlackierten Faschisten“ gestempelt. Wenn die Verwendung des Begriffs Faschisten für Nazigegner damals ein schwerer Fehler war, so bereitet nach Kenntnis dessen, was Faschismus bedeutete, die Verwendung dieser Sprache heute ein neues Unrecht vor.

Was das Faß zum Überlaufen bringt, ist der Beschluß von Unionsparteien und FDP, im allerletzten Moment der Bundestagstätigkeit die mörderische Nazimilitärjustiz, die über 30 000 Todesurteile aussprach und 20 000 vollstrecken ließ, zu rehabilitieren — und nicht ihre Opfer. Wer sich Hitlers verbrecherischem Krieg entzog oder sich ihm als Soldat widersetzte, soll für alle Zeit als Vorbestrafter gelten.

Die Regierungskoalition öffnet sich der Politik der Ultrarechten immer mehr. Demokraten, Antifaschisten, Antirassisten sind aufgerufen: Wählt diese Regierung ab, bevor sie das Programm der Rechtsextremen weiter verwirklichen kann.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten Landesvereinigung NRW
Wuppertal, September / Oktober 1994



mit kommunistischen Splitterorganisationen zusammenarbeitet, will eine andere Republik“, so Mayer-Vorfelder in seiner Pressemitteilung am 15. 9. 94.

Vielleicht hätte er auch dem Text des Flugblatts und nicht nur den UnterzeichnerInnen ein wenig Aufmerksamkeit widmen sollen. Allerdings, wer angesichts der Tatsache, daß hierzulande BürgerInnen mit ausländischem Paß ngezündet, aus Zügen geworfen (unter Ausschauern, die nichts dagegen unternehmen), verfolgt und diskriminiert werden, nicht einsieht, daß wir eine andere Politik brauchen, dem ist nicht zu helfen.

Ähnliche Sorgen wie den Finanzminister treiben auch die Republikaner im Bundtag um. In einer von ihnen beantragten Debatte am 22. 9. warf REP-Fraktionschef Schlierer der SPD vor, sie paktiere ungeniert mit linksextremen Gruppen. Eine rot-grüne Minderheitsregierung mit Duldung der PDS, ja eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten sei nach dem 16. Oktober nicht mehr auszuschließen, lautete die Prognose des REP-Fraktionschefs. Deshalb fürchte er um das „deutsche Ansehen im Ausland“ (!), das „durch die Horrorschuld einer neuen Volksfront“

beschädigt werde usw. Natürlich wies auch er auf das Flugblatt „Keine Brandstifter in den Bundestag“ hin. Günther Oettinger (CDU-Fraktionschef) gab Schlierer und Co. den Rat, doch erst einmal über die aktuellen Beziehungen zwischen Rep und DVU zu debattieren. Des weiteren meinte er, er hoffe, daß die PDS wie die Republikaner in der Politik eine Episode bleiben.

Innenminister Birzele wies darauf hin, daß die PDS nach wie vor nicht als verfassungsfeindliche Organisation eingestuft, sondern von allen Innenministern, (Länder und Bund) übereinstimmend als „Prüffall“ gesehen werde. Ein wenig auf die inhaltliche Arbeit der PDS in den neuen Bundesländern ging Fritz Kuhn in seinem sachlichen Debattenbeitrag ein. Er wies auf die negative Folgen der Wiedervereinigung sowie auf Defizite und Versäumnisse der anderen Parteien hin.

Schade, daß sich die Beteiligten eines Wahlkampfes nicht allein auf inhaltliche Auseinandersetzungen beschränken wollen. Aber wenn hier Defizite bestehen, sucht man eben flugs ein Feindbild, um von den eigenen Mängeln abzulenken. Diese Ablenkung gelingt zum Glück nicht in jedem Falle. — (cas)

Rechtsextremist Althans in Berlin angeklagt

Berlin. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat am Montag Anklage gegen den Rechtsextremisten Bela Althans wegen seiner Äußerungen in dem Film „Beruf Neonazi“ erhoben. Unter anderem bezeichnet der 28-jährige in dem Film, in dem er sich und seine Ansichten darstellt, die Massenvernichtung von Juden im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz mit Verweis auf pseudowissenschaftliche Argumente als nicht machbar. Es sei eine „riesengroße Verarschung, was hier stattfindet“; denn die Juden hätten überlebt und „nehmen jetzt Geld von Deutschland“.

Althans, der sich in dem Film als „orthodoxer Nationalsozialist“ bezeichnet, wird Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener vorgeworfen. Das Berliner Sonderdezernat zur Bekämpfung von Gewalt- und Staatsschutzdelikten hat ihn zudem wegen Verbreitens nationalsozialistischer Propagandamittel angeklagt. Außerdem wird Althans eine Rede auf einer Veranstaltung der „Deutschen Alternative“ zur Last gelegt. Dabei soll er die „verfassungs-

mäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht“ haben. — (u. b.)

Weitere RAF-Gefangene schwer krank und haftunfähig

Lübeck. Nach Aussagen von Medizinern und behandelnden Ärzten ist eine gesundheitliche Rehabilitation von Christine Kuby, Gefangene aus der RAF, nur noch möglich, wenn sie aus dem Gefängnis entlassen wird. Vor drei Jahren bereits, nach dem ersten schweren Bandscheibenvorfall, stellte der behandelnde Arzt bei ihr eine vorzeitige Alterung des Bandscheibengewebes fest — als Folge der Haftbedingungen, die sie seit nunmehr über 16 Jahren erleidet. Die ständige, besorgniserregende Verschlechterung ihres Gesundheitszustand — es besteht die Gefahr von Lähmungen, eine Notoperation wäre dann sofort notwendig — führte auch dazu, daß Christine Kuby sich fast nur noch auf Krücken fortbewegen kann, die einzige Sitzmöglichkeit ist ein Gymnastikball. Therapeutische und medikamentöse Maßnahmen schlagen bei ihr nicht mehr an. Ihre Haftentlassung muß sofort erfolgen. — (jeh)

Landtagswahlergebnis in Bayern

FDP draußen, SPD schwach. Strategische Krise der Grünen?

Der Niedergang der FDP

Die FDP hat in Bayern eine lange zurückreichende Tradition. Liberale Parteien stehen seit dem vorigen Jahrhundert in Auseinandersetzung mit der Klerikalismus. In der Nachkriegsgeschichte hat die FDP auf diesem gerade für Bayern wichtigen Gebiet der Säkularisierung besonders der Schule viel geleistet. Diese Funktion der FDP ist in Bayern aus vielen Gründen nur noch am Rande nötig. Zum einen hat sich die staatskirchliche Durchtränkung des gesamten öffentlichen Lebens gelockert, zum anderen hat es bei diesem Konflikt innerhalb der CSU eine Kräfteverschiebung gegeben. Die bayerische Staatskanzlei ist nicht mehr die Ausführungsanstalt des Bischofs.

Zum anderen haben sich die Kirchen in ihrer politischen Praxis bis zu einem gewissen Grade von der Staatsmacht distanziert, d. h. es gibt humanistische Positionen der Kirche gegenüber dem Staat. In der Flüchtlingsfrage beispielsweise nehmen die Kirchen eine humanere und auch demokratischere Haltung ein als etwa die FDP. Die bayerische FDP hat, das muß man beachten, versucht, eine Funktion im Kampf gegen die Korruption und den Machtmißbrauch des sog. Amigo-Systems sich zu sichern. Die Partei ist an der Aufdeckung der Gauweiler-Machenschaften erheblich beteiligt gewesen.

Die besondere Situation des Liberalismus im klerikalen Bayern hat die bayerische FDP geprägt. Personen wie Frau Hildegard Hamm-Brücher haben sich in diesem Konflikt herausgebildet. Das Kooperationsangebot an die CSU, das sich die bayerische FDP knapp vor der Wahl abgerungen hat, hat ihren Antiklerikalismus entwertet und auch noch Zweifel geweckt, ob ihr Kampf gegen Machtmißbrauch und Korruption einen realen Hintergrund hat.

Gebremster Aufstieg der ÖDP

Die ÖDP blieb hinter den eigenen Erwartungen zurück, erreichte aber mit 2,1% ein doch ziemlich hohes Ergebnis. Die ÖDP, die auch in München die rot-grüne Rathauskoalition unterstützt, hat in den letzten Jahren versucht, sich von den Ökofaschisten abzugrenzen. Sie kann heute nicht als Sammelbecken und Tarneinrichtung von Ultrarechten beurteilt werden, sie steht in vielen Fragen links und nicht rechts von der CSU. Sie hat in Bayern das Volksbegehren „Das bessere Müllkonzept“ unterstützt und unterstützt jetzt auch das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern“.

Strategische Krise der Grünen?

Die Grünen erhielten wegen des Hin- und Herbewegens der FDP 2 Sitze mehr, hatten aber sonst in den Großstädten Einbußen von über 2 Prozent. Sie führen diese Einbußen zurück auf Rot-/Grüne Wechselwähler, die diesmal der SPD-Kandidatin die Stimme gaben. Nach bisherigen Daten scheint es sich aber auch so zu verhalten, daß die Verbesserung des Stimmenanteils, die bei den Grünen regelmäßig dadurch eintrat, daß ihr Anteil bei den Neu- und Jungwählern erheblich größer war als in der älteren Generation, nicht mehr eintritt. Der Widerstandsgeist der Jugend schlägt sich nicht einfach mehr in grünen Stimmen nieder, die grüne Politik kommt nicht mehr so an.

Konzeptschwäche der SPD

Die SPD erreichte mit 30% nicht das von ihr erwartete Ergebnis. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß die Auseinandersetzung in der Arbeiterschaft nicht gewonnen ist. Nach Umfragen gibt es bei den wahlberechtigten Arbeitern fast einen Gleichstand des Einflusses, und sogar bei den gewerkschaftlich organisierten hat die Union noch eine Wählerpräferenz von 37%.

Die SPD konnte sich auf dem Sektor der Wirtschaftspolitik nicht gegen die CSU durchsetzen. Auch dies dürfte mit einer bayerischen Besonderheit zusammenhängen. Im Zuge der Nachkriegsumwandlung vom Agrarland zum Industrieland waren in Bayern Landesprogramme zur Wirtschaftsförderung, Subventionen usw. nie etwas Besonderes. In Bayern wird die SPD nicht benötigt, um Wirtschaftssubventionen durchzusetzen. Das macht schon die CSU und wahrscheinlich besser. Hinzugekommen ist der Aufschwung, den die CSU-Reklame sehr geschickt ausgenutzt hat. Dies hat dazu geführt, daß der Schrei nach Arbeit! Arbeit! Arbeit! eher das Echo CSU! CSU! CSU! ausgelöst hat.

CSU führt Selbstreinigung vor

Die CSU erreichte die 53 Prozent, und alle fragen sich, wie dies trotz der Parteikrisen möglich gewesen ist. Hans Holzhaider, ein links-liberaler Redakteur bei der *Süddeutschen Zeitung*, schreibt z. B.: „Amigo- und sonstige Affären kümmern den bayerischen Wähler ziemlich wenig; die Androhung einiger tieffliegender Militärflugzeuge dagegen bringt Wählerinnen und Wähler in Rage. Zu diesem Schluß muß kommen, wer die Wahlergebnisse in den sieben bayerischen Regierungsbezirken etwas genauer betrachtet.“ Holzhaider Bewertung dürfte überzogen sein. Denn die Selbstreinigung der CSU kam bei vielen Menschen glaubhaft an, und das Wahlergebnis in Oberbayern bestätigt dies. Dort, wo Streibl, Gauweiler, Tandler und Co. zu Hause sind, hat die CSU gegenüber 1990 nur ein Zehntelprozent verloren. Sie hat sich von Politikertypen, bei denen sich reaktionäre Einstellung und Neigung zum kriminellen Abweg verbunden haben — auf Druck der Öffentlichkeit — getrennt. Daß Insiderfiguren wie Streibl und Gauweiler so schwer abgestraft werden konnten, ohne daß eine Kette von Geheimhüllungen — etwa wie in Italien — gefolgt wäre, hat bei der breiten Bevölkerung die Überzeugung reifen lassen, daß die anderen, z. B. Stoiber, doch sauber sind. Gauweiler hat zwar wieder ein Direktmandat gewonnen und bleibt Chef der Münchner CSU, doch in einer CSU-Landesregierung wird es einen Gauweiler nicht mehr geben, versicherte Ministerpräsident Stoiber nach den Wahlen.

Vom Kampf gegen die Reps zum Kampf gegen die „Volksfront“

Die REPs hatten bei den Europawahlen noch genug Stimmen, aber jetzt hat es einwandfrei nicht mehr gereicht. Ein wichtiger Grund dafür liegt bestimmt in der Ablehnung der Partei durch die CSU und damit der Schwierigkeit der Einnistung im Staatsapparat. Die CSU verbucht für sich als Erfolg, daß die Republikaner auf 3,8% der Stimmen gedrückt wurden, und die bayerische

Staatsregierung hat jetzt eine Disziplinierung von REP-Mitgliedern im Staatsdienst angekündigt. Bekannt geworden ist aber auch die antikommunistische Hetze des CSU-Landesgruppenchefs in Bonn, Michael Glos: „Die linksradikale PDS und die Grünen sind eine größere Gefahr für unser Land als die Republikaner und die Rechten.“ Die CSU hat ihre Abgrenzung gegen die REPs mit der Forderung einer Ausgrenzung der PDS verbunden und sich an die Spitze des Kampfes gegen die PDS gestellt. In diesem Sinne wird die Partei weitermachen. Ebenso wie die CSU die Repression von Ausländern anführte und darin eine treibende Kraft bleibt, sieht sie sich als treibende Kraft im Kampf gegen die „Volksfront“ und v. a. die PDS.

Opposition oder Vorbereitung auf die Verantwortung?

Für die Politik im Landtag hat Renate Schmidt Oppositionspolitik mit dem Ziel, den Wechsel 1998 zu ermöglichen, angekündigt. Es hängt in der Tat etwas davon ab, ob die SPD versuchen wird, sich als Kraft der Opposition zu bewähren, oder ob sie hauptsächlich durch Abgrenzung gegen links an die Mehrheit herankommen möchte. Beim leider gescheiterten Volksbegehren „Das bessere Müllkonzept“ waren viele Menschen mit der Rolle der Landes-SPD nicht zufrieden. In Bayern geht es in den nächsten Monaten um drei weitere Volksbegehren, und zwar: „Bessere Schulen“, „Keine Klasse über 30“ und „Mehr Demokratie“. Neben der CSU hat nun auch der Bayerische Senat diese Volksbegehren abgelehnt.

Personen- / Sachorientierung

Bei der Auswertung der Wahl werden folgende Punkte sehr stark diskutiert:

erstens, daß jetzt bewiesen sei, daß das Konzept der Volksparteien nicht kaputt sei und eine Ablösung der Volksparteien durch Schwerpunkt- und Interessenparteien doch nicht ins Haus stehe.

Zweitens, daß es eine starke Personenorientierung in der Politik gäbe. Besonders auf den Punkt mit der Personenorientierung fährt alles ab.

Dies ist nicht ganz ungefährlich. Die Illusion, bei den Wahlen gehe es um die Wahl einer Regierung, wird dadurch verstärkt. Dabei ist dies nicht im geringsten der Fall. Gewählt wird eine gesetzgebende Versammlung, die die Haushaltshoheit hat. Auf die Amtsführung der Regierung hat der Wähler nur auf diesem vermittelten Wege Einfluß. Eine wirksame Opposition kann sich in einem parlamentarischen System deswegen nicht leicht anders bilden als durch alternative Gesetzesvorgaben und durch Einflußnahme auf die Gesetzgebungsvorhaben der Regierungsmehrheit.

Bei den Gewinnern ist es so, daß die Landtagsmehrheit den Regierungschef wählt und die Minister bestätigt. Hier geht es um Personen, die in die berüchtigte Regierungsverantwortung gestellt werden.

Im parlamentarischen Verfahren kann die Minderheit/Opposition nur etwas werden, wenn es ihr gelingt, die Sachfragen in die Öffentlichkeit zu tragen und die Regierung durch Anfragen und Einflußnahme auf Gesetzgebungsverfahren vor das Gericht der Öffentlichkeit zu bringen. — (maf, dil)

REPUBLIKANER

Schönhuber abgesetzt

Der Bundesvorstand der „Republikaner“ hat den Parteivorsitzenden Schönhuber des Amtes enthoben: „Der Bundesvorstand mißbilligte ausdrücklich die eigenmächtige und der Parteilinie widersprechende Kontaktaufnahme von Franz Schönhuber mit dem DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey.“

Ob der Vorstand den vom Bundeskongreß der *Republikaner* gewählten Schönhuber abwählen kann, ist nach dem Parteiengesetz und der Satzung der *Republikaner* doch sehr zweifelhaft. Ein ähnlicher Vorgang scheiterte bereits vor Jahren, als Neubauer, jetzt bei der *Deutschen Liga* einer der führenden Funktionäre, Schönhuber stürzen wollte. Die Demontage Schönhubers wird nicht dazu führen, daß die *Republikaner* mehr Stimmen erhalten, im Gegenteil: REP-Wähler werden Kohl wählen, um eine „Linksfront“ zu verhindern. War das ein Kalkül des Bundesvorstandes?

Die Amtsgeschäfte des Bundesvorsitzenden der *Republikaner* haben die drei stellvertretenden Vorsitzenden Alexander Hausmann, Rolf Schlierer und Christian Käs übernommen. Die beiden letzteren kommen aus dem Hochschulbereich Baden-Württembergs. Der Bayer Hausmann will im November auf dem Bundeskongreß der *Republikaner* zum neuen Bundesvorsitzenden kandidieren. Nach der Schönhuber-Entmachtung meldete sich ein weiterer Kandidat. Der bayerische Landesvorsitzende Wolfgang Hüttl verurteilt keineswegs Schönhubers Gespräche mit Frey. Er will die Zersplitterung der Rechten überwinden und erklärt, „die historische Tragweite dieses Treffens wird sich noch zeigen.“ Hüttl versucht, die Schönhuber-Anhänger auf seine Seite zu bekommen.

Es wird also zu einer Richtungsentscheidung über die Frage kommen, ob mit der DVU zusammengearbeitet wird. Dieser Krach wird ausgetragen werden zwischen den großen Landesverbänden Bayern und Baden-Württemberg. Da die württemberger Republikaner im Landtag vertreten sind und viel zu verlieren haben, werden sie mit aller Macht versuchen, ihren Kurs durchzusetzen. Sie haben den Ruf von geschickten rechten Politikern, die sich in Wirtschaftsfragen auskennen.

Nach Berichten der bürgerlichen Medien sollen auch die rückgängigen Finanzeinnahmen nach den letzten Wahlniederlagen den Streit verstärken. Das Hauptproblem scheint aber eher darin zu bestehen, daß die *Republikaner* kein richtiges Thema mehr haben. Durch das Schäuble-Papier zu „Kerneuropa“ und dem Hegemon Deutschland in Europa hat die CDU/CSU wieder ein Thema aufgegriffen, an dem faschistische Organisationen lange diskutiert hatten. Ähnlich ging es den *Republikanern* beim Aysrecht. Kohl übernahm die Forderung der *Republikaner* nach Abschaffung des Asylrechts. Als dann bekannt wurde, daß auch REP-Mitglieder bei Anschlägen auf Asylbewerberheimen beteiligt waren, war die Regierung aus dem Schußfeld und der Nutzen der *Republikaner* für die Politik der Bundesregierung gleich Null. Als dann die Reps bei den Europawahlen die CSU bundesweit unter 5% drücken wollten, besannen sich viele Rechte ihrer konservativen Vergangenheit. — (jöd)

(1) Pressemitteilung der Bundesgeschäftsstelle der REPs vom 1. 10.

(2) „taz“ vom 27. 9. 1994

(3) Broschüre „Sag Nein zu den Republikanern“, Köln 1994

(4) „Kölnische Rundschau“, 3. 10. 1994

Verfassungsschutz als CDU-Wahlkampfhelfer

Entstellende „Materialien“ über die PDS an die Thüringer CDU-Fraktion verschickt

W eil ein an die CDU-Fraktion gerichtetes Fax versehentlich bei der Fraktion des Bündnis 90/ Die Grünen einging, wurde in Thüringen Anfang Juli bekannt, daß sich das Landesamt für Verfassungsschutz als Wahlhelfer der CDU betätigt. Inhalt der Sendung: Eine grob entstellende „Zusammenstellung“ von „Zitaten“ von PDS-Politikerinnen und -Politikern über den „außerparlamentarischen Kampf“.

Die PDS-Fraktion reagierte mit einem umfangreichen Antrag, in dem sie die entstellenden Zitate des Landesamtes richtigstellte und vom Landtag forderte, die Zuarbeit des Verfassungsschutzes an die CDU

a) als inhaltliche Fehlleistung zu bewerten,

b) mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzuziehen und für nichtig zu erklären,

c) sich bei Vorstand und Landtagsfraktion der betroffenen Partei in aller Form zu entschuldigen.“

Außerdem solle der Landtag bekräftigen, daß solche Praktiken des VS künftig unterbleiben sollen, und die Landesregierung auffordern, den Vorgang hinsichtlich Dienstvergehen zu prüfen. Schließlich sollte die Landesregierung berichten, ob andere Berichte ähnlicher Art existieren. Der Landeszentrale für politische Bildung sollte empfohlen werden, die PDS-Dokumente ungekürzt in ihre politische Bildungsarbeit aufzunehmen.

Am 8. September beriet der Thüringer Landtag. Ergebnis: CDU und FDP lehnten die Anträge der PDS ab.

Hier der Schluß der Begründung des Antrags der Linken Liste/PDS, in der der Fraktionsvorsitzende Klaus Höpcke die Position der PDS zum außerparlamentarischen Kampf erläuterte.

„Obwohl die Zuarbeit des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz für die CDU-Landtagsfraktion vom 30. Juni 1994 in der Überschrift den Anspruch erhebt, über den außerparlamentarischen Kampf der PDS Auskunft zu erteilen, kommt die Beschlußlage der PDS zum Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit in dem Fax mit keinem Wort zur Sprache.“

Hätte man im Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus nachgesehen, beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993, wäre man in dessen viertem Abschnitt über „Alternative Entwicklungswege“ an erster Stelle auf die Forderung gestoßen:

„Die Gesellschaft demokratisieren“, wozu es heißt: „Das grundlegende Ziel unserer Gesellschaftspolitik ist ebenso einfach wie radikal: Wir kämpfen für die freie Entfaltung jedes einzelnen Menschen, die bestmögliche Entwicklung seiner persönlichen Fähigkeiten, für die Verwirklichung von Chancengleichheit für alle und in allen gesellschaftlichen Bereichen. Demokratisie-

rung muß alle politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Entscheidungen der Gesellschaft durchdringen.“

Im Sinne dieser Zielsetzungen wird gesagt: „Wir wollen die bevormundende Bürokratie des Staates zurückdrängen; die Beseitigung aller Sperrklauseln; direkte Bürgerbeteiligung, Selbstverwaltung und öffentliche Kontrolle; Wirtschaft und Arbeitsleben demokratisieren; mehr gesetzlich abgesicherte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Gewerkschaften, Kommunalvertretungen, Bürgerinitiativen, Frauen- und Behindertenbewegungen, Umweltschutz- und andere demokratische Verbände; Gegenöffentlichkeit stärken, die Medien demokratisieren und die Beteiligung der gesellschaftlichen Bewegungen und Gewerkschaften an der öffentlichen Meinungsbildung; die Manipulation der Menschen durch Meinungsproduzenten, Warenwerbung und Unterhaltungsindustrie zurückdrängen; die Auflösung aller Geheimdienste; die Sicherung und bewußte Wahrnehmung des durch die Verfassung garantierten Widerstandsrechts.“

An zweiter Stelle beschäftigt sich das PDS-Programm im Abschnitt über alternative Entwicklungswege mit der gesellschaftlichen Aufgabe, den Rechtsruck aufzuhalten.

Die Entwicklung der Bundesrepublik sei, heißt es da, durch eine gefährliche Zerstörung politischer Kultur und die Stärkung rechtsextremistischer und

neofaschistischer Kräfte gekennzeichnet. Und weiter: „Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber anderen Lebensweisen enden letztlich in Gewalttätigkeit und gesellschaftlichem Rückschritt.“

Deutsche Geschichte und Gegenwart stellen uns in eine besondere Verantwortung für aktiven Antifaschismus und Widerstand gegen die Rechtsentwicklung. Wir kämpfen für die Beseitigung der Ursachen des Rechtsrucks, wollen über sie aufklären und werden uns mit allen seinen Erscheinungsformen auseinandersetzen.“

Des weiteren sieht die PDS alternative Entwicklungswege darin, den kalten Krieg in Deutschland zu beenden, der vom Geschichte-Umschreiben über Negierung von Renten-, Eigentums- und Nutzungsansprüchen sowie soziale und politische Ausgrenzung bis zur Verweigerung der Umkehr der verderblichen Politikleitsätze „Privatisierung vor Sanierung“ und „Rückgabe vor Entschädigung“ reiche (...)

„Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend. Die PDS ringt um parlamentarische Stärke und leistet eine an den unmittelbaren Problemen der Bürgerinnen und Bürger orientierte parlamentarische und kommunalpolitische Arbeit.“

Quelle: „Unsere Neue Zeitung“ (UNZ) Linke Zeitung in Thüringen, Nr. 17/94, S. 5f. — (rül)

„Die ersten Gewinner der deutschen Einheit?“

Rudolf Nitsche über die Rentenpolitik der Bundesregierung in den neuen Bundesländern

Das sind für Norbert Blüm (CDU) sowie die BfA die ostdeutschen Rentner. Nun wird eine faustdickke Lüge nicht dadurch wahr, wenn man sie mehrfach wiederholt und großflächig plakatiert — nach dem Motto, wenn man es oft genug wiederholt, werden es die Leute schon glauben. Dem widersprechen jedoch die Tatsachen.

Fakt Nr. 1

Im sogenannten Einigungsvertrag, den zwei CDU-Unterhändler, Schäuble und Krause, auskugelten, war von „Bestandsschutz“ für Rentner die Rede sowie von „Einzelfallprüfung“. Von „Überleitung“ der DDR-Rentengesetzgebung auf bundesdeutsches Recht wurde ebensoviel geredet wie von Renten, die auf Einzahlungen beruhen müßten.

Fakt Nr. 2

Fast täglich wird betont, daß in einem Rechtsstaat Schuld immer individuell nachgewiesen werden muß. Schuld darf niemals kollektiv sein. Kohl und Blüm werden nicht müde zu versichern, daß es angeblich keine Kollektivschuld gibt.

Fakt ist, daß Millionen DDR-Bürger, nur weil sie „staatsnah“ oder „staatstragend“ waren — ohne jeglichen justiziablen Schuldnachweis — pauschal und exemplarisch mit Rentenentzug bestraft werden. Von Einzelfallprüfung keine Spur! Kollektivbestrafung in einem Rechtsstaat — ganz abgesehen davon, daß Renten- und Sozialrecht wertneutral zu sein haben. Wie stimmen da Worte und Taten der Bundesregierung überein?

Fakt Nr. 3

Die Bundesregierung argumentiert, daß Rentenversorgungen an Zahlungen gebunden sein müssen. Gemach! Millionen DDR-Bürger haben in den vergangenen Jahrzehnten in 4 Sonder- und 27 Zusatzversorgungssysteme für ihre Altersversorgung zusätzliche Beträge eingezahlt, die ihnen laut Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) streitig gemacht werden. Ein glatter Verstoß gegen die Artikel 3 und 14 des Grundgesetzes, die den Gleichheitsgrundsatz und den Schutz des Eigentums beinhalten.

Fakt Nr. 4

Die „Rentnerinitiative“, in der 25 Organisationen und Verbände zusammenarbeiten, legte am 28.9.94 eine Dokumentation zum Rentenunrecht vor. Ihr Grundinhalt: Die sogenannte Renten Anpassung läßt Millionen ehemaliger DDR-Bürger außer acht, die nicht in den Genuß der angeblichen Rentenerhöhungen kommen. Im Gegenteil: für Millionen Rentner (die es jetzt schon sind und die Anwartschaften im Osten bedeutet das RÜG nicht „Überleitung“, sondern teilweise bzw. völlige Aberkennung ihrer berechtigten Ansprüche. „Nach vier Jahren deutsche Einheit erhalten in den neuen Bundesländern 45 % (!) aller Rentner weniger als 1200 DM monatlich und bleiben damit unter der Armutsgrenze von 1254 DM. Wegen der Bearbeitungszeiten von rd. einem Jahr schulden Bundesregierung bzw. Rentenversicherungen den Rentnern im Osten bereits 2,8 Mrd. Mark. Weitere 4,5 Mrd. Mark wurden denen vorenthalten, die den Ren-

tenstrafbestimmungen unterliegen.“ Macht zusammen 7,3 Mrd. Mark. Sie werden Schritt für Schritt bewußt ins soziale Abseits gedrängt (vgl. ND vom 29.9. und 1./2.10.94).

Fakt Nr. 5

So um Mitternacht des 22.9.94 — dem Tag der letzten Sitzung des Bundestages — als die Kameras schon längst abgeschaltet hatten, machte Gregor Gysi (PDS) u.a. folgende Ausführungen, die natürlich die „freie“ Presse — abgesehen vom ND — verschwieg.

Der Jurist Gregor Gysi also: „Es gibt eine verräterische Antwort auf eine Anfrage unserer Gruppe an die Bundesregierung, in der wir konkret nachweisen, daß der Einigungsvertrag im Rentenüberleitungsrecht verletzt worden ist ... Sie teilt uns mit, der Einigungsvertrag sei ja nur einfaches Recht, obwohl er doch völkerrechtlichen Charakter hat. So gesehen sei dann das Rentenüberleitungsrecht das speziellere Recht. Das speziellere Recht habe immer Vorrang vor dem allgemeinen Recht, und deshalb würde für diesen Fall nicht der Einigungsvertrag gelten, sondern die den Einigungsvertrag verletzende Regelung aus dem Rentenüberleitungsrecht. Das ist doch ein Skandal! Sie vereinbaren mit der DDR einen Vertrag; sie gehen dabei bestimmte Verpflichtungen zugunsten von Rentnerinnen und Rentnern aus der DDR ein, machen hinterher ein anderes Gesetz, ändern nicht einmal den Einigungsvertrag und sagen: Na und, das ist jetzt eben das speziellere Recht; damit gilt dieses spe-

ziellere Recht und nicht mehr der Einigungsvertrag. Das nenne ich einen Betrug.“ (ND vom 28.9.94)

Fakt Nr. 6

„Vier Jahre nach der Einheit (am 14. Oktober 1994) bequemt sich der Bundesrat, über einen der übelsten Verstöße gegen den Einigungsvertrag zu reden: Das Rentenstrafrecht für Ostdeutsche“, (vgl. Claus Dümde, ND vom 1./2.10.94) — weil es inzwischen nicht nur renommierte Wissenschaftler, sondern schon die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß das sogenannte RÜG eklatant grundgesetzwidrig ist — ode weil sich vor der Wahl ein schlechtes Gewissen plagt. Regierung und Opposition in Bundestag und Bundesrat war das vier Jahre schnurz. „Nur die PDS trat vergeblich für eine Änderung ein. Nun, kurz vor der Bundestagswahl wachen CDU- wie SPD-regierte Länder auf. Zum Stimmenfang bei Millionen.“ (ebd.)

Zugegeben: Viele Rentner im Osten erhalten schon die doppelte Rente im Vergleich zu früher. Das hört sich gut an. Verschwiegen wird aber bei dieser gern auch vom Kanzler gebrauchten Aufrechnung, daß sie mit doppelter Rente eine 5-10fache Steigerung an Miete, Preisen, Tarifen und Gebühren bestreiten müssen.

Bleibt nur zu hoffen, daß die Wähler am 16. Oktober die richtige Wahl treffen und denen einen Denktzettel verpassen, die die Erfolge im Osten schönreden, aber in Wirklichkeit Millionen Arbeitslose und jetzige und zukünftige Rentner im Osten ins soziale Abseits stoßen.

SACHENRECHTSÄNDERUNGSGESETZ**Datschenbesitzer fürchten Vertreibung**

Wir dokumentieren nachfolgend die Resolution zu vermögensrechtlichen Fragen, die von den Teilnehmern einer Informationsveranstaltung am 3. 9. 94 in Berlin verabschiedet wurde.

Die mehr als 1600 Teilnehmer der gemeinsamen Informationsveranstaltung des Vereins der Märkischen Eigenheim- und Grundstücksbesitzer (VMEG), der Vereinigung demokratischer Juristen (VdJ) und des Verbandes Deutscher Grundstücker (VDGN) ... lehnen, wie Hunderttausende weitere Betroffene, das von Bundestag und Bundesrat verabschiedete Sachenrechtsänderungsgesetz ab und machen auf die verhängnisvollen Folgen aufmerksam, die den ostdeutschen Datschenbesitzern aus der Verknüpfung des neuen Schuldrechtes mit der Nutzungsentgeltverordnung entstehen werden. Von den politischen Parteien verlangen sie, die diesbezüglichen Gesetze so zu novellieren, daß finanzielle Zwänge in Ballungsgebieten nicht zu massenhafter Vertreibung ostdeutscher Datschen- und Eigenheimbesitzer führen. Sie fordern:

zum Vermögensgesetz

— Streichung der Stichtagsregelung im Vermögensgesetz und Einführung einer Einzelfallprüfung

— Anerkennung aller bis zum 2. Oktober 1990 getätigten, notariell beurkundeten, redlichen Haus- und Grundstückskäufe als Erwerbsvorgang

— Gleichstellung der bis zum 30. 6. 1990 geschlossenen Vereinbarungen über Grundstückskäufe mit den notariell beurkundeten Kaufverträgen zum Sachenrechtsänderungsgesetz

— Einführung einer Kappungsgrenze in das Sachenrechtsbereinigungsgesetz für Ankaufpreis bzw. Erbbauzins bei Bodenwerten größer als 100 DM/qm

— Erhöhung der unter den hälftigen Ankaufswert bzw. vergünstigten Erbbauzins fallenden Fläche von 500 qm auf 800 qm

— Übernahme aller Überlassungsverträge für Wohnzwecke in das Sachenrechtsbereinigungsgesetz

— Aufnahme von eindeutigen Entschädigungsregelungen für den Fall, daß der jetzige Eigenheimbesitzer ... verzichtet oder ihn aufgeben muß.

zum Schuldrechtsänderungsgesetz und zur Nutzungsentgeltverordnung

— Anpassung der Nutzungsentgeltverordnung an die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der ... ostdeutsche Nutzer unter Einführung einer Kappungsgrenze für Ballungsgebiete

— generelle Zulassung von Unterpachtverhältnissen

— im Falle der Kündigung durch den Nutzer Gleichstellung seiner Rechte mit denen des durch den Eigentümer gekündigten Nutzers

— Aufnahme eines Ankaufsrechtes für die Nutzer in das Schuldrechtsänderungsgesetz entsprechend des Sachenrechtsänderungsgesetzes.

Die Vorstände von VMEG, VdJ und VDGN werden beauftragt, beim neuen Bundestag und bei der künftigen Bundesregierung auf die Durchsetzung dieser Forderungen zu dringen. An alle Datschen- und Eigenheimbesitzer appellieren die Teilnehmer, ihre Stimmabgabe bei den bevorstehenden Wahlen vom Verhalten der Parteien zu den Eigentumsfragen in den neuen Bundesländern abhängig zu machen.

Aus: Informationsmaterial „zu den neuen Gesetzen für Häuslebauer und Datschenbesitzern“ des VMEG, zu beziehen über VMEG, Irmastr. 16, 12683 Berlin (5 Mark beilegen).

Rund 400 Erzieherinnen aus allen 63 Kindertagesstätten der Stadt Brandenburg haben am 28. September einen Warnstreik zur Durchsetzung eines neuen Tarifvertrages über Arbeitszeitverkürzungen durchgeführt (ausführliche Meldung unten). — (rül, Bild: Archiv)

Warnstreik der Erzieherinnen für Tarifvertrag

Brandenburg/Havel. Rund 400 Erzieherinnen aus allen 63 Kindertagesstätten der Stadt Brandenburg haben am vergangenen Mittwoch, den 28. September, einen zweistündigen Warnstreik durchgeführt, zu dem die Gewerkschaften ÖTV und GEW aufgerufen hatten. Anlaß für diese Aktion ist die Weigerung der Brandenburger Stadtverordnetenversammlung, den mit der Gewerkschaft ÖTV ausgehandelten Tarifvertrag über Arbeitszeitverkürzung bei Teillohnausgleich zu unterzeichnen.

Hinter dieser Haltung der Stadtverordneten steht offenbar der Kommunale Arbeitgeberverband, der die Zustimmung verweigert hat. Damit droht 180 von 650 Erzieherinnen die Kündigung. Wie unsinnig diese Politik ist, zeigt der rechnerische Vergleich: Während die Kündigungen inklusive Abfindung, Restlohn und zu erwartende Prozeßkosten mit rund 10 Millionen Mark auf der Stadtkasse lasten, würde der Tarifvertrag nur 5,8 Millionen Mark kosten, wovon das Land Brandenburg die Hälfte tragen würde. Die ehrenamtliche Tarifkommission berät derzeit über weitere Arbeitskämpfmaßnahmen. — (har)

CDU vergiftet bewußt die politische Atmosphäre

Berlin. Der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Peter-Rudolf Zottl, kritisierte am 23. 9.: „Während der Debatte des Abgeordnetenhauses am 22. September wurde die Rede des parteilosen Mitgliedes der PDS-Fraktion, Steffen Zillich, durch den Zwischenruf des CDU-Abgeordneten Krüger ‚Rotlackierter Faschist‘ unterbrochen. Als ich die Präsidentin des Parlaments aufforderte, diesen Zwischenruf zu ahnden, wurde auch ich vom Abgeordneten Krüger als ‚Noch ein rotlackierter Faschist!‘ bezeichnet. Die Präsidentin Hanna-Renate Laurien (CDU) mahnte dann den Zwischenrufer, doch bei dieser Bezeichnung die Quelle — also Kurt Schumacher oder / und Helmut Kohl — anzugeben, dann sei er jenseits aller kritischer Bewertung. Das ist nicht mehr mit blankem Haß, niedrigem Intelligenzgrad, Arroganz der Macht oder fortschreitender Senilität zu erklären ... statt der üblichen Demagogie wird jetzt Pogromstimmung — und zwar zunächst gegen die PDS, aber bereits mit deutlicher Drohgebärde ge-

genüber der SPD — aufgemacht. Eine solche politisch verschlissene und moralisch verkommene Partei muß weg von der Macht.“

In einem Offenen Brief hat der Rat der Alten der PDS Bundespräsident Herzog aufgefordert, als durch „sein Amt zur Überparteilichkeit verpflichtet“, gegen die Entgleisungen Kohls zu intervenieren. Wir zitieren: „Proteste gegen diese Äußerung tat er (Kohl, d. Red.) damit ab, er habe ja ‚nur‘ ein Wort des Sozialdemokraten Kurt Schumacher zitiert. Tatsächlich hat Schumacher dieses Wort in einer Zeit vor dem Machtantritt der Nazis geprägt, als Kommunisten und Sozialdemokraten sich gegenseitig in furchtbarer Weise beschimpften. Damals konnten wohl beide Parteien noch nicht ahnen, welche Hölle der deutsche Faschismus den Völkern bereiten würde. Heute ist all das längst geschichtsnotorisch, so daß sich die Wiederholung solcher Beschimpfungen für jeden verbieten sollte. Um so mehr gilt das für den Historiker Helmut Kohl.“ Man darf gespannt sein, ob das Staatsoberhaupt seiner sich selbst auferlegten Aufgabe, mäßigend im Wahlkampf zu wirken, nachkommen wird.

Aus: Presseerklärung der PDS-Fraktion und ND vom 30. 9. 94 — (har)

Bekenntnis gegen Antifaschismus

Berlin. Es ist schon erstaunlich, zu welchen Aktionen konservative und Rechte greifen, wenn es darum geht, Kohl an der Regierung zu halten. In einem sogenannten „Berliner Appell: Wehret den Anfängen“ wenden sie sich sowohl gegen jegliche Akzeptanz gegenüber der PDS, greifen aber ebenso die SPD-Politik der 70er Jahre an: „Vor allem steht aber die westdeutsche Vergangenheitsbewältigung aus, also die kritische Auseinandersetzung mit der über Jahrzehnte betriebenen Verharmlosung und Schönfärberei der SED-Diktatur durch Politiker, Medien und Intellektuelle der alten Bundesrepublik.“ Den „Fall Stolpe“ werten sie als Verfall der politischen Kultur und als Zeichen dafür, daß der antitotalitäre Konsens zerbreche, den sie gleichzeitig wieder einfordern: „Wir setzen uns ein für eine Rückkehr zum antitotalitären Konsens und wenden uns entschieden gegen Bestrebungen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch eine ‚antifaschistisch-demokratische‘ Ordnung zu ersetzen.“ Sie beklagen, daß „konservative Intellektuelle, Journalisten und Po-

litiker zunehmend ausgegrenzt und in die Nähe von Rechtsextremisten gerückt“ werden. Hierüber wird sich besonders Herr Bonfert freuen, der ehemalige Pressereferent des Berliner Innensenators. Er wurde vor kurzen strafversetzt, weil bekannt wurde, daß er Kontakte zu rechtsradikalen bis faschistischen Kreisen pflegte. Zu den Unterzeichnern gehören aber auch die Minister Heitmann (Sächs. Justizminister), Eggert (Sächs. Innenminister), Spranger (Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Vaatz (Sächs. Umweltminister) und erstaunlich viele Journalisten, Verleger, Redakteure (z.B. Mertes, Programmredirektor SAT.1, Röhl, Ex-konkret-Herausgeber). — (har)

In den Palästen wird gefeiert — Raus aus den Hütten!

Berlin. Unter diesem Motto rief ein großes Bündnis zur Demonstration am 3. Oktober auf, rund 2500 teilzunehmen. Anlaß für den gemeinsamen Demonstrationsaufruf gegen Sozialabbau, gegen Rassismus und Sexismus, gegen Faschismus, für internationale Solidarität ist sowohl der 4. Jahrestag des DDR-Anschlusses als auch der 50. Jahrestag der Gründung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) am 4. Oktober; gegen letztere demonstrierten bereits am Vortag 60000 in Madrid. Aus dem Aufruf: „Nutznießer dieser Politik sind internationale Konzerne, die z.B. jetzt auch in Indien lukrative Unternehmen übernehmen und die billigen Arbeitskräfte ausbeuten können. Nutznießer ist z.B. der BASF-Konzern, der nach dem Schließen des Werks in Bischoffshode seine europäische Monopolstellung auf dem Kalimarkt halten und ausbauen konnte. Oder z.B. Mercedes Benz mit seiner neuen Niederlassung in Polen. Den Preis für diese Politik zahlen weltweit die sozial Benachteiligten, vor allem Frauen ... Gerade in der Bundesrepublik ist der ökonomische Expansionismus gepaart mit wachsenden militärischen Ansprüchen. Deutsche Panzer morden in Kurdistan, deutsche Soldaten ‚schaffen Frieden‘ in Somalia, die Karlsruher Richter erlauben jetzt auch den weltweiten militärischen Einsatz deutscher Soldaten mit Schießbefehl.“ Unterstützt wurde die Demonstration u.a. von den Landesverbänden der Gewerkschaften HBV und IG Medien, Bündnis 90/Die Grünen, PDS (LV Berlin), SOS Rassismus, den ASten, Antipartheid-Organisationen. — (har)



Monopol und Lohnabhängige

Auseinandersetzung mit einer Passage des Satzungsentwurfs des BWK

In den Politischen Berichten vom 3. Juni 1994 ist der Entwurf einer neuen Satzung des BWK abgedruckt, entsprechend den Festlegungen der letzten Delegiertenkonferenz. In § 2 werden die Allgemeinen Ziele der Vereinigung umrissen. Darin heißt es:

Die Produktionsmittel und damit alle Lebensquellen sind Monopolbesitz weniger Kapitaleigner. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können, und ist damit von den Eignern der Produktionsmittel abhängig, die sich die Früchte fremder Arbeit aneignen. Die mit diesen Eigentumsverhältnissen einhergehende Arbeitsteilung hat die Entwicklungsmöglichkeiten ganzer Länder, Regionen und Gemeinden zur Farce gemacht. Auch in den entwickelten Ländern werden die arbeitenden Menschen in eine strenge Hierarchie eingeordnet. Die Lebenssituationen der lohnabhängigen Menschen differenzieren sich in dieser Hierarchie immer mehr. Das eine Extrem besteht in Arbeitsverhältnissen, bei denen intelligente Servilität, also die Veräußerung der gesamten Persönlichkeit an einen Konzern, gefördert durch gute Entlohnung, verlangt wird. Auf der anderen Seite steht die Forderung nach stumpfem Gehorsam, der durch unverhüllte Drohung mit sozialem Untergang erzwungen werden soll.

Zu dieser Passage einige Anmerkungen. Es geht dabei nicht um die Frage, ob diese Passage in Übereinstimmung mit Traditionen der Klassiker und/oder der K-Bewegung steht, weil das letztlich für die Beurteilung, ob die Analyse heute zutrifft oder nicht, wenig hergeben würde. Es geht darum, ob die heutige Gesellschaft durch die Passage treffend charakterisiert wird — ich bestreite das.

1. Monopolbesitz

Die traditionelle sozialistische Erwartung, daß die Konzentration des Kapitals im Monopol via großer Krise und Verstaatlichung zum Sozialismus führt, hat sich als Irrtum erwiesen. Wir sollten ihr nicht Vorschub leisten.

— Nicht das Monopol ist wohl das Entscheidende der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, sondern die Warenproduktion. Sie ist tatsächlich allgegenwärtig, aber sie wird derzeit öffentlich wenig kritisiert, u.a. sicher deshalb, weil es bei der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen die bekannten strategischen Rückschläge gegeben hat.

— Die Produktionsmittel sind nicht monopolisiert, sie sind in erheblichem Maß gestreut (der Konzern AT&T allein hatte um 1980 3 Mio. Aktionäre). Auch zwischen den Weltkonzernen finden durch die Konkurrenz laufend Verschiebungen statt. Absprachen zwischen ihnen sind nicht das Vorherrschende, und auch in Joint Ventures wird die Konkurrenz nicht aufgehoben.

— Die Statistik weist für 1980 2,3 Mio. Selbständige im Bundesgebiet aus; das sind gar nicht so wenige im Vergleich mit 11,3 Mio. Arbeitern. Nach meinem Eindruck nimmt seit mehreren Jahren in der BRD der Zwang, sich selbständig zu machen, in vielen Berufen zu. Das ist

einmal Ausdruck des Kapitalinteresses, die „Fixkosten“ zu senken und nur noch für konkrete Produkte oder Dienstleistungen zu zahlen, nicht für Krankheit, Urlaub usw. Dazu kommt: Die EDV hat einen bedeutenden Bereich von Produktionsmitteln kraß verbilligt, so daß sie vielfach aus relativ geringen Ersparnissen oder Krediten beschafft werden können. Ferner gibt es auch selbständige Hebammen, Buchhalter usw. Der Lieferant der Tiefkühlkost ist Besitzer seines LKW. Die Öko-Bewegung schafft für viele Zwang und Anreiz, sich auf zunächst äußerst niedrigem Niveau selbständig zu machen. Dazu kommen natürlich die klassischen „freien Berufe“ wie Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater.

— Dabei können die Lebensverhältnisse von Menschen, die selbständig arbeiten, im Einzelfall durchaus schlechter und unsicherer sein als die von Lohnarbeitern. Mitentscheidend ist wohl, ob man das Glück hat, über mehrere Jahrzehnte (und vielleicht sogar Generationen) ohne große berufliche, politische, private Erschütterungen leben zu können oder nicht. Das trägt neben der Höhe des monatlichen Einkommens erheblich dazu bei, ob jemand am Rande der Existenz lebt oder in relativer Sicherheit. Durch jede Krise gibt es massive Umwälzungen.

— Gegenüber den Formen von kleiner Selbständigkeit wird gelegentlich argumentiert, es handle sich nur der Form nach um Selbständigkeit, in Wahrheit bestehe Abhängigkeit von den Monopolen. Aber die ökonomische „Form“ sollte bei der Analyse wirklich nicht vernachlässigt werden — sie führt im konkreten Fall u.U. zur Zahlungsunfähigkeit oder vielleicht auch zu gewissem geldlichen Erfolg.

— Auch verdünnt sich bei solch diffussem Gebrauch der Begriff des „Monopols“ stark — dann kann man eigentlich alle dagegen zusammenschließen, weil keiner dazugehört, und in Wirklichkeit wenige, weil Absichten und Ziele diffus sind.

2. Lohnabhängige

Wenn die ganze existierende Bandbreite der Lohnabhängigkeit nur besteht zwischen intelligenter Servilität und stumpfem Gehorsam, die als Arbeitsleistung verlangt werden, dann ist schwer verständlich, warum es so viele verschiedene Berufe und Ausbildungswege gibt. Und es ist unklar, inwiefern sich auf so homogener Grundlage die Lebenssituationen sich differenzieren können. Es brauchte nur eine kollektive Verweigerung von Servilität und Gehorsam stattzufinden, und der Kapitalismus stünde still.

— Das Kapital braucht die Lohnarbeiter(innen) unterschiedlichster Qualifikation nicht zum Lecken seiner Lackstiefel. Es wird jeweils eine konkrete Arbeitsleistung gebraucht, die das Kapital als Kapital nicht verrichten kann. Über diese Arbeitsleistung wird ein Vertrag geschlossen, der bekanntlich beiderseits zustimmungspflichtig ist. Das Kündigungsrecht des Lohnarbeiters mag in vielen Fällen nicht viel wert sein, wenn Alternativen fehlen — vor nackter Schikane schützt es durchaus.

— Es gibt Hunderttausende, die elende Arbeit verrichten müssen und keine Möglichkeit haben zu gehen. Aber es gibt auch viele, die zufrieden sind, ihre

Fähigkeiten wenigstens in Teilgebieten oder zeitweise zum Einsatz zu bringen, in ihrer konkreten Tätigkeit schnell und geschickt, vielleicht sogar in gewissem Maß unersetzbar zu sein.

— In Zeiten der Krise hat es durchaus auch Vorteile für die Lohnarbeiter(innen), sich nur um die konkrete Arbeit und nicht um den Geschäftsgang kümmern zu müssen usw. Das Tarifvertragssystem gewährt einen nicht unerheblichen Schutz. Es gibt Firmen, in denen die Lohnabhängigen den Chef beneiden, und umgekehrt.

— Der Begriff „arbeitende Menschen“ wird in der zitierten Passage etwa gleichbedeutend mit „Lohnabhängigen“ verwendet. Arbeit wird aber nicht nur von Lohnabhängigen geleistet. Schwitzen tut auch der Manager, wenn der Absatz stagniert, und sein Gehalt besteht nicht nur aus Schweigegeld.

— Die Hierarchie als hervorstechendstes Merkmal des Kapitalismus in den entwickelten Ländern darzustellen, ist bestimmt eine schiefe Beschreibung der Gesellschaft. Man sollte das Mittel (Hierarchie) nicht vom Zweck (Ökonomie) trennen. Ist der Begriff der Hierarchie als Polemik gegen die Freiheitsideologie gemeint? Das Problem ist vielleicht eher, daß viele Lohnabhängigen die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus als unveränderlich akzeptieren. Die hierarchischen Strukturen werden dann aus diesem Grund als flankierende Maßnahme hingenommen.

3. Spannungen zwischen Theorie und Praxis

Der BWK setzt sich nicht nur aus Lohnabhängigen zusammen. Die im BWK organisierten Lohnabhängigen arbeiten auch nicht alle bei Monopolen — viele sind in Klein- und Mittelbetrieben.

— Es entsteht das Problem, daß die Theoriebildung sich unter solchen Umständen nicht ohne weiteres auf die Erfahrung beziehen kann. Das kann zu theoretischen Verhärtungen führen. Da die Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch parallel zur Mitgliederzahl des BWK geschrumpft sind, ist die Diskussion zumindest schwieriger geworden.

— Unter diesen Umständen können die Interessen vieler Mitglieder in einer einfachen Gegenüberstellung Monopol/Lohnarbeit nicht aufgehoben sein. Wenn das Statut von diesen Mitgliedern nicht handelt, wie sollen sie dann ihre Interessen im Statut ausgedrückt finden?

— Dagegen läßt sich sagen: Die marxistische Tradition bezieht sich zunächst auf theoretisch formulierte Interessen des Proletariats. Es gehört zum kommunistischen Parteiverständnis, sich nicht über die „eigenen“ Interessen zu verständigern, sondern über die so verstandenen Interessen des Proletariats. Insofern ist ein Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis nichts Neues.

— Wenn wir aber den Wahrheitsanspruch nicht mehr erheben, wissen zu können, was für andere gut sei (besser als sie selber), und wenn wir uns vom alten Parteiverständnis gerade auch durch dieses Statut lösen wollen, dann muß das, was wir für richtig halten, den Rückbezug zumindest auf die Mitglieder aushalten. Erst dann könnte das, was wir für richtig halten, auch für andere von Interesse sein, insofern wir so verschieden von andern nicht sind.

— (mif)

TERMINE

16.10. Bundestagswahl, Landtagswahl in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland, Kommunalwahlen in NRW

21.10. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln, ab mittag.

22.10. Herbsttagung des Arbeitskreis Politische Berichte in Köln.

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

26./27.11. Jahrestagung — Arbeitskonferenz der Volksfront und a.o. Bundeskongreß zur Beschlusfassung über den Satzungsentwurf. Köln, JH K.-Deutz.

5.—8.1.95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmalle 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04335 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30% Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04335 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Führt von der „Ordnung des Diskurses“ ein Weg zur Delegitimation des Imperialismus?

Ein Diskussionsbeitrag aus der Arbeitsgruppe Philosophie der Linken Schule Schnepfenthal
Von Martin Fochler und Christiane Schneider

Die postmoderne Richtung der Philosophie bildete sich in den sechziger Jahren heraus, als erkennbar wurde, daß die realsozialistischen Produktionsverhältnisse die modernen, kapitalistischen nicht ablösen könnten. Ihre Kritik müht sich vorzugsweise mit Erscheinungen, die in den modernen kapitalistischen wie in den entwickelten realsozialistischen Ländern anzutreffen sind — Stichworte Macht, Herrschaft, Ausschluß. Die Ausarbeitungen dieser Schule geben vielfältige Hinweise, wieso sich eine Herrschaft, die die ganze Gesellschaft auf sich zentriert hat, nicht auflösen ließ durch ebenso zentrierte revolutionäre Aktionen. Sie wären zu einer Diskussion über die Organisation von Widerstand heranzuziehen. Wer dem Satz „Wo Unterdrückung herrscht, ist auch Widerstand“ folgt, muß sich nämlich verständigen, ob und wie sich der politische Widerstand, der gegen die Herrschaft vorgeht, von der Herrschaft, die ihn hervorruft, unterscheiden kann. Die Polarität, der direkte Gegensatz von Unterdrückung und Widerstand, legt das nicht direkt nahe, sondern läßt als erstes an die einfache, genau entsprechende Negation denken.

Polarisierung und vielgestaltete soziale Gegensätze

In der sozialistischen politischen Theorie unseres Jahrhunderts ist der Gedanke der Polarisierung leitend gewesen. Er hat auch die „neue Linke“ in der BRD bestimmt. Die Spekulation auf die Polarisierung der Gesellschaft hat ihre Faszination nicht wesentlich aus der Bequemlichkeit von Bildern (eine Kette ... wird gesprengt), sondern aus großen sozialen und politischen Entwicklungen.

Die bolschewistischen Parteien gingen in ihrer politischen Strategie felsenfest von der Annahme der Polarisierung der Gesellschaft aus. Sie hatten dafür gewichtige Anhaltspunkte: Die Entwicklung der industrialisierten Staaten brachte den Rest der Welt in unterentwickelte Abhängigkeit. Im alten russischen Reich wurde der schlechte Zustand unentrinnbar, eine Revolution des politischen Systems war zu begründen. Es entstand die Idee, der imperialistischen Stagnation ein Programm, einen Systementwurf des Zusammenspiels von politischer Demokratie, schrittweiser planmäßiger Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft entgegenzusetzen. Es entstand die politische Situation der Entscheidung zwischen zwei Wegen, dem sozialistischen Weg der Entwicklung und dem imperialistischen der Stagnation und Aussichtslosigkeit.

Diese Situation der Polarisierung verschärfte sich noch durch den Übergang der imperialistischen Mächte zum imperialistischen Krieg. Im imperialistischen Krieg kann sich der politischen Entscheidung dafür/dagegen niemand mehr entziehen. Es ist schon eine große Leistung, in dieser Situation der Polarisierung von der allgemeinen Losung „Krieg dem Krieg“ wegzukommen und hin zu der differenzierten Klarstellung: „für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie“. Die allgemeine Losung

„Krieg dem Krieg“ kann sich nämlich mit dem kriegführenden Herrschaftssystem verbinden. Dazu braucht bloß die Propagandafigur des „Friedensstörers“ eingeführt zu werden. Wenn es auch möglich wäre, die bolschewistische Propaganda gegen den 1. Weltkrieg als Beispiel für Dekonstruktion, Delegitimierung (der Staaten nämlich und zur Kriegsführung) anzusehen, so blieben im politischen Denken doch die Spuren des direkten, des entsprechenden Gegensatzes bestimmend.

Die moralische Polarisierung der Willensentscheidung „dafür oder dagegen“ wurde auf die gleichzeitigen Prozesse

Monopolisierung ist so weit fortgeschritten, daß der Ausschluß ganzer Staaten vom Weltmarkt möglich wird.

Von diesen Prozessen konnte ohne weiteres eine polarisierende Wirkung erwartet werden, etwa die Anordnung der Menschheit in zwei Lager, das der Besitzenden und Herrschenden und das der Arbeitenden und Unterdrückten, und daraus wiederum ließ sich — falsch — weiterfolgern, daß eine Gleichform der Lebensumstände aller arbeitenden und unterdrückten Menschen zu erwarten sei.

Dies ist nicht geschehen. Stattdessen hat sich die politische Herrschaft wie

Arbeit und Entwicklung es braucht, bis sich Werturteile, Verhaltensvorschriften, Erkenntnisse, Begriffe oder auch bloße Worte und Verständigungsformen auf neue oder geänderte Zwecke langsam hinbiegen.

Auf eine tragische Weise ist die Leistungsfähigkeit der geordneten Diskurse mit Versagung und Ausschluß verbunden.³ Wo die *Dialektik der Aufklärung* das fatale Hinsinken in die Arme von Herrschaft und Ordnung noch wesentlich aus materiellen Notwendigkeiten des Überlebens, der Selbsterhaltung erklärt, so daß sich eine Unabhängigkeit des Erkennens, Denkens und

Sowjetunion 1929: Der erste Traktorist ins Dorf gekommen.



der sozialen Polarisierung übertragen. Das mag erklären, wieso die Strukturierung der Lohnarbeit bzw. der von Kapital und öffentlichem Auftrag abhängigen Arbeit in den kapitalistischen Ländern von den bolschewistischen Parteien nicht aus Organisationsnotwendigkeiten des kapitalistisch bestimmten Reproduktionsprozesses verstanden wurde, sondern als Folgeerscheinung politisch zu erklärender Strategien des Kapitals. Aus der Differenzierung der abhängigen Arbeiten, die sich damals schwungvoll zu entwickeln begann, wurde das politische Moment des Herauskaufens einer sog. Arbeiteraristokratie herausgegriffen und als Korruption bekämpft — mit zunehmendem Mißerfolg.

In der langen Zeitspanne, die seither verstrichen ist, liegen so gewaltige Ereignisse wie die Oktoberrevolution, der Machtantritt des Faschismus, die anti-imperialistischen Revolutionen in den Ländern der Dritten Welt, der Zerfall des realen Sozialismus. Trotzdem war diese Epoche unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt durch die reelle und formelle Unterwerfung der menschlichen Arbeit unter die Verwertungsgesetze des Kapitals. Der Anteil der Menschheit, der unter der Bedingung der Warenproduktion lebt, nimmt zu. Die Anzahl der Menschen, die als Warenproduzenten angesprochen werden können (weil ihnen das von ihnen erzeugte Arbeitsprodukt gehört), nimmt ab. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals nimmt zu. Die

Wirtschaft zu Systemen geordnet, in denen sich der Prozeß der Gegensätze vielgestaltig ausnimmt. Es kommt zu einer Verbindung aller Lebensumstände zu einer Lebensweise. Die unterschiedlichen Arten des Menschenverbrauchs durch das Kapital werden kultiviert, durch Ausbildung tradiert, durch mythische Überhöhung religiös verfestigt, durch Rituale stabilisiert.

Die Ordnung des Diskurses

Die Postmodernen liefern uns Ansätze, die verstehen lassen, wie es möglich ist, daß bis in die letzten Fasern ihres Daseins abhängige, bis hin zum Konsumverhalten ausrechenbare, reduzierte Figuren in der Lage sind, ihre Lebensweise so zu kultivieren, d.h. zu übertragen, daß es als eigene, selbstbestimmte Aktion zu denken ist. Folgen wir der Annahme, daß die verzweigten gesellschaftlichen Funktionen durch den Diskurs geordnet und zusammengehalten werden. Die spezifischen Zweige des Diskurses sagen etwas von Herkunft und Entwicklung des speziellen Funktionsauftrages, sie regulieren dessen Praxis, genommen als das Reden, das mit dem Tun verschlungen ist, und halten dessen Perspektive geordnet offen oder auch geschlossen.

Beim Nachdenken über die Ordnung des Diskurses² zeigt uns Foucault, wie sehr und wieso die menschlichen Denkprozesse in den vorgefundenen Bahnen kreisen müssen, welche angestrenzte

Urteilens annehmen läßt, wird nun gezeigt, wie eben das Denken, Erkennen und Urteilen auf die vorgefundenen Kulturgüter zurückgreifen muß. Kritik wird gefährlicher Wahnsinn, der mit der Ökonomie des Denkens das Denken selbst zerstört, macht sprachlos, unfähig zur Funktionserfüllung und zerstört mit der ideologischen die materielle Hülle der Existenz. Der kritische Mensch fällt aus der Ordnung des Diskurses, er stürzt ins Aus.

Auf diese barbarische Weise wird der Diskurs zusammengehalten durch das Existenzinteresse seiner Träger, die um ihrer Leistungsfähigkeit willen ausschließen können (und müssen), was nicht dazupast, und deren Existenz an der Leistungsfähigkeit in der Funktion hängt, in die sie gebannt sind.

Den Ausweg aus diesem eher labyrinthartigen Gefängnis sucht die postmoderne Richtung in Ansätzen der Dekonstruktion und der Dezentrierung. Sie stellt als allgemeines Merkmal des bis heute kultivierten und in Sprache gefaßten Denkens die Bannung der Beziehungen in die Figur von Subjekt, Objekt und Prädikat heraus. Und es ist in der Tat richtig, daß unsere Sprache Zusammenwirken und Zusammenarbeit kaum faßt. (Nennen wir sie z.B. gleichberechtigt, so haben wir sie schon unter die Herrschaft des Rechts gestellt, Sanktionen werden folgen usw., sprechen wir vom Zusammenwirken, meinen wir in der Regel die berüchtigte Einheit, nicht die Vielheit der Interessen, Kämpfe, Ziele ...) Emanzipation be-

stünde in der Dekonstruktion der leitenden Zentren aus Zusammenleben und Zusammenarbeit.

Es ist sehr schade, daß gerade Foucault den Diskurs, der sich um Reproduktion durch Geld und Kauf, um Produktion durch Arbeit und Arbeitsteilung windet, bei seinen Analysen weitgehend umgeht. Dies hätte die Problemstellung fruchtbar erweitern können. Im Diskurs des Geldes, von Kauf und Verkauf ist bereits eine Differenzierung von Teilnahme und Ausschluß angelegt. Der Signifikant, das Geld, bezeichnet in einer gleichen Form (fast) alles; alle die Signifikate, die bezeichneten Gegenstände, reduzieren sich auf quantitative Unterschiede des Preises.³ Der Ausschluß vom Geldwesen ist nicht, wie es zum Begriff des Ausschlossenseins zunächst gehört, total, sondern graduell.

Differenzierung von Teilnahme und Ausschluß

Eine ähnliche Abstufung von Teilnahme und Ausschluß läßt sich auch im kapitalistisch bestimmten gesellschaftli-

fett durchtränkt, ein Verhalten nach Vorschrift wird zum A und O des Lebens.

Der Diskurs, der zum Verfahren in arbeitsteiligen Organisationen gehört, ist aber nicht einfach eine Struktur von Befehl und Gehorsam, von Ausgrenzung und Teilnahme. Die Funktionsgruppen in der Arbeitsteilung sind durch den Arbeitserfolg verbunden, und der Arbeitserfolg kann nur eintreten, wenn die Arbeit „gut“ getan wird, d.h. wenn alle Beteiligten „selbständig“ auf das von ihnen zu erreichende Teilergebnis hinarbeiten. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß das Urteil über beide Kriterien der Produktion, das der Eignung für den Gebrauch und das der Wirtschaftlichkeit in der Herstellung, bei der Leitung des Unternehmens zentralisiert, d.h. durch sie vorgegeben ist.

Dies ist auch der wesentliche Inhalt des modernen Arbeitsvertrages, durch den die arbeitenden Personen nicht nur a) allesamt in ein persönliches Verhältnis der Unterordnung zur Firmenleitung sich begeben, sondern b) wechselseitig in ein Verhältnis von Vorgesetzten und Untergebenen geführt werden.

einen Weg finden, die in ihrem speziellen Diskurszweig erkennbar werden. Probleme für die und Anforderungen der Gesellschaft in einen politischen Diskurs zurückzutragen.⁴ Dabei sind sehr große Probleme zu überwinden, und es ist zu fragen, ob eine Auflehnung gegen die Arbeitsteilung „im Geiste“, um die es sich hier ja handeln würde, Erfolg haben kann ohne eine Auflehnung gegen die Arbeitsteilung, die akut in der Praxis herrscht.

Foucault hat sich dem Problem der Arbeitsorganisation von den Extremen aus genähert, den Disziplinierungseinrichtungen der Gesellschaft, die den Kriminellen, den zu Bildenden, den Patienten zum Objekt des Diskurses machen und ausschließen.

Aber die dabei gewonnene Sicht von Ausschluß, Ausgrenzung und Unterwerfung erfaßt die Ausschließungsmechanismen im Arbeitsprozeß, die Schattierungen der Entfremdung und der Komplizenschaft mit der Herrschaft nicht so recht. Auf eine solche Untersuchung käme es aber an; wenn die Dekonstruktion, Dezentrierung, Delegitimation zu einer gesellschaftlich wirksamen Bewegung werden soll, kann nicht

Beschäftigten ins Auge fassen. Geschieht dies zweite nämlich nicht, so wird sich die Bewegung, die in die Arbeitsorganisation gekommen ist, weil die Monopolisierung die Reichweite des konkreten gestuften Anweisungen überbrückbaren Zusammenhangs überschreitet, nur zur Herausbildung einer Kaste von Subunternehmern führen. Für eine solche Tendenz gibt es sehr handfeste Anzeichen in der tatsächlichen Entwicklung der Betriebsorganisation.

Abschließend anzumerken wäre noch, daß gewisse Momente der Arbeiterbewegung, die auch unter den Gesichtswinkeln von Dezentrierung und Delegitimierung Gestalt haben, unersetzliche Bedingung für den Emanzipationsprozeß der Arbeit bleiben, so z.B. die Grenze, die der Ökonomisierung durch das Recht auf Leben und Gesundheit gezogen wird, so die Kritik des Geschäftserfolges als einzigem Kriterium, die durch den betriebsübergreifenden Zusammenhang der Arbeitskoalitionen überhaupt erst ermöglicht wird.

¹ W.I. Lenin, *Sozialismus und Krieg*. „Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nichts anderes als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen ...“ In: Lenin, *Über Krieg und Frieden*, Beijing 1975

² Michel Foucault, *Die Ordnung des Diskurses*, Fischer Wissenschaft, Frankfurt 1991, 12,80 DM

³ In der Kritik der Prozeduren der Ausschließung untersucht Foucault das Verbot, das sich auf den Gegenstand, das Ritual der Umstände und das Recht des sprechenden Subjektes bezieht; weiter die Grenzziehung (hauptsächlich zwischen Vernunft und Wahnsinn); sodann den Gegensatz zwischen dem Wahren und dem Falschen: den Willen zur Wahrheit als Ausschließungssystem. Weiter geht er auf die Formen der Einschränkung der Diskurse ein — als sichtbarste Form bezeichnet er hier das Ritual (so etwa beim religiösen oder therapeutischen Diskurs) — und auf die tiefen Spaltungen in der gesellschaftlichen Aneignung der Diskurse, vor allem durch die Erziehung. Sein Ziel ist zu zeigen, „wie sie (alle diese Formen der Ausschließung, Einschränkung, Aneignung — Verf.) sich gebildet haben, um bestimmten Bedürfnissen zu entsprechen, wie sie sich verändert und verschoben haben, welchen Zwang sie tatsächlich ausgeübt haben, inwieweit sie abgewendet worden sind“. Zeigen will er aber auch, „wie sich durch diese Zwangssysteme hindurch ... Diskursserien gebildet haben; welche spezifischen Normen und welche Erscheinungs-, Wachstums- und Veränderungsbedingungen eine Rolle gespielt haben“ (S. 38 f)

⁴ Max Horkheimer, Theodor Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Ffm 1991

⁵ Als Maß der Werte, schreibt Karl Marx im *Kapital*, ist Geld „die notwendige Erscheinungsform des immanenten Wertmaßes der Waren“, „die gesellschaftliche Inkarnation der menschlichen Arbeit“, indem es die Werte der Waren in Preise, in vorgestellte Goldquanta verwandelt (S. 109 ff). Als Maß der Preise erfüllt es eine andere Funktion: Es mißt diese Goldquanta.

⁶ Jürgen Habermas, *Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung*, in: *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt 1969. Habermas postuliert, daß die „Aufklärung, eines wissenschaftlich instrumentierten politischen Willens ... nur aus dem Horizont der miteinander sprechenden Bürger selbst hervorgehen (kann) und ... in ihn zurückführen (muß)“. Daraus folgt der Zwang der Übersetzung wissenschaftlicher Diskurse in die Umgangssprache (S. 137 f)



Die Fabrik:
Sie vereint
alle Übel von
Gefängnis,
Kaserne,
Schule,
Krankenhaus.

chen Arbeitsprozeß finden. Wir müssen zurückkommen auf die außerordentliche Zentralisation des modernen Arbeitsprozesses. An die Stelle der Produktion einer Ware, die ihren Gebrauchswert für andere auf dem Markt beweist, tritt die abhängige Arbeit. Abhängig von direkter Anweisung oder von selbständig auszulegender, letztlich sanktionierter Vorschrift. Der Gebrauchswert des Arbeitsergebnisses für andere wird in dieser Arbeitsorganisation durch Vorgesetzte oder Aufsichtsbehörden vertreten. Der Chef oder die Aufsichtsbehörde verkörpern in dieser Konstruktion nicht in erster Linie das Interesse von Eigentum und Herrschaft an Profit und Stabilität. Sie machen das Interesse der Gesellschaft an Ökonomie, Qualität bei der Herstellung und Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen geltend. Eine direkte Beziehung zwischen Konsument und Produzent gibt es nicht oder nur nebensächlich. Mit der Teilung der Arbeit wird eine Art technische Entfernung vom Teilprodukt zum Endprodukt immer größer. Die Stufen der Zusammensetzung eines Endproduktes sind nur vom Standort der direkten Arbeit aus Stufen der Zusammensetzung, vom Standort des Eigentümers, dem das Produktionsergebnis zufällt und der es zu verhöfem hat, sind es umgekehrt Stufen der Durchsetzung des Gebrauchswertes und der Kosten, die der Markt vorgeschrieben hat und die nun zu verwirklichen sind. So ist der Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit auf allen seinen Stufen von Herrschaft

Und noch mehr als im Vertrag in der Realität der Arbeitswelt: Wer hat wem „etwas zu sagen“? Fast ein jeder irgend jemandem wenigstens noch ein bißchen was, und wenn es nur in einer speziellen Hinsicht wäre. Die diskursive Vermittlung der Arbeit ist von Herrschaftsansprüchen und Herrschaftsrealitäten geradezu durchtränkt.

Neue Arbeitsorganisation wird Diskurs-Gegenstand

In jüngster Zeit hat die Gewerkschaftsbewegung begonnen, in einen Gegensatz zu diesem System zu treten. Technische Mitwirkungsrechte, Ansprüche auf Ausbildung, Ansprüche auf die Qualität der Arbeit, Ansprüche auf Kritik der Produktionspalette und der Produktionsumstände (weg von Rüstungsproduktion, weg von umweltgefährlicher Produktion usw.) sind Forderungen neuen Typs geworden, denen gemeinsam ist, daß sie die Zentralbegriffe der Produktion (den durch Markt und Absatz erwiesenen Gebrauchswert und den betriebswirtschaftlich auszuweisenden Gewinn) dekonstruieren, d.h. seine Legitimation untergraben.

Hier läßt sich eine Verbindung zu einer Problemstellung herstellen, die Habermas bereits in den frühen Sechzigern gegeben hat. Die Dekonstruktion der kapitalistischen Legitimation setzt nämlich voraus, daß die Angehörigen einer durch Funktion und (un)kultivierte Lebensweise verbundenen Gruppe

ausgerechnet der grundlegende Prozeß der ökonomischen Reproduktion ausgespart bleiben.

Eine Möglichkeit des Einstiegs bestünde in der Auseinandersetzung mit Arbeitsvertrag und Tarifrecht, die mit dem Direktionsrecht eine absolute — lediglich durch das Strafrecht eingegrenzte — Gehorsamsverpflichtung des Beschäftigten, ein strikt von oben nach unten durchgeführtes Organisationsrecht der Geschäftsleitung kennen, das die Herrschaftsfunktion in einer Personkette formiert, so daß der gesamte Arbeitsprozeß in ein Gewebe von Herrschaft, Vorschrift, Willkür und Anweisung eingesponnen bleibt.

Dezentrierung, Delegitimation und Dekonstruktion dürften im Diskurs, der mit dem Arbeitsgeschehen und über das Arbeitsgeschehen geführt wird, zersetzend wirken und tun es auch, aber die Zersetzung wird durch Übertragung von Funktionspartikeln der Herrschaft immer wieder konterkariert.

Das emanzipatorisch Weitertreibende, das sich in den oben angedeuteten neuen Komponenten in der gewerkschaftlichen Bewegung weiter als in jedem anderen gesellschaftlichen Bereich entwickelt hat, zeigt auch, daß die Hierarchiefrage nicht einfach als Frage der Beziehungen zwischen Chef und Untergebenem aufgefaßt werden darf. Dieser Diskurs muß sich vielmehr auch der Beziehungen zwischen den tatsächlichen Produzenten und den tatsächlichen Konsumenten bemächtigen und muß die Parallelbeziehungen zwischen den

Kurt Tucholsky schrieb 1931: „Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeter Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder.“ Wegen dieses auf einem Aufkleber angebrachten Zitates gibt es heute im Jahre 1994 den gleichen Aufschrei wie damals vor 63 Jahren. Die Meinungsfreiheit sollte bezüglich dieser Äußerung eingeschränkt werden. Wie damals, als dafür Carl von Ossietzky angeklagt wurde. Seine spätere Festnahme

und sein Tod im KZ waren auch eine Folge dieses Zitates, schließlich wurde Ossietzky durch das damalige Urteil als engagierter Pazifist und Warner vor einem neuen Krieg weltweit bekannt. Heute hat das Bundesverfassungsgericht vorübergehend — so meine These — die Meinungsfreiheit in diesem Punkt wieder hergestellt. Doch was passiert, wenn die neue Bundeswehr, die schnellen Eingreiftruppen eingesetzt werden? Eingesetzt werden in aller Welt, um den Zugang zu Rohstoffen zu sichern? Was werden die Bundeswehrsoldaten dann? — (T.P.)

Die neue Bewaffnung für die Bundeswehr

Oder: Wozu werden deutsche Bundeswehrsoldaten?

Von Tobias Pflüger

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 12.7.1994 Einsätze der Bundeswehr auch außerhalb des NATO-Gebietes möglich gemacht. Dazu hat das BVerfG die NATO zu einem „kollektiven Sicherheitssystem“ uminterpretiert. So darf in Zukunft die Bundeswehr im Rahmen der UNO oder der NATO in aller Welt eingesetzt werden. Doch die Bundeswehr, die jetzt „Out of Area“ als Drohpotential oder als Kriegsteilnehmerin agieren darf, ist eine andere Bundeswehr als die vor dem Anschluß der ehemaligen DDR („Wiedervereinigung“) und dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes. Die neue Bundeswehr hat eine neue Strategie verschrieben bekommen: in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992, dem Weißbuch vom 5.4.1994 und der „Konzeptionelle(n) Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr“ vom 12.7.1994 (Inkraftsetzung 1.1.1996). Ziele der neuen Bundeswehrstrategie sind u.a.: die „legitimen nationalen Interessen“ Deutschlands auch mit den neuen schnellen Eingreiftruppen zu verfolgen (vgl. Verteidigungspolitische Richtlinien). Im gleichen Papier sind „vitale Sicherheitsinteressen der deutschen Politik“ formuliert. Besonders die Punkte 8 und 10 sind „eindrücklich“:

„(8) Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung (...)

(10) Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie.“

Die Bundeswehr wird in Zukunft in drei Bereiche aufgeteilt:

1. die sogenannten Hauptverteidigungskräfte,
2. Verstärkungskräfte,
3. die „Krisenreaktionskräfte“.

Bei den „Krisenreaktionskräften“ wird unterschieden zwischen sofort verfügbaren und schnell verfügbaren Truppenteilen: Immediate Reaction Forces (IRF) und Rapid Reaction Forces (RRF).

Diese Umgestaltung von Armeen ist in allen NATO-Staaten gleich. Überall werden die Truppen in diese Kategorien aufgeteilt. Grundlage dazu sind die Strategiedokumente MC 400 und MC 317, die auf der NATO-Tagung in Rom vom November 1991 als neue Strategie der NATO beschlossen wurden.

In der Zeitschrift *wehrtechnik* vom Februar 1994 werden die Vorteile der neuen Schnellen Eingreiftruppen gepriesen: „Die ... Merkmale der Krisenreaktionskräfte der NATO sind:

- ein hoher Grad an Multinationalität
- die Fähigkeit zu unverzüglicher Reaktion (wenige Stunden) und zu schneller Reaktion (wenige Tage)
- hohe Beweglichkeit in Europa und darüber hinaus
- Fähigkeit zu Eskalation und Deeskalation
- Kampfkraft und Durchhaltefähigkeit

— die Fähigkeit zur abgestuften, kontrollierten Mobilmachung und Demobilisierung.“

(Hervorhebung durch den Verfasser; Wilz, Bernd: Krisenreaktionskräfte — Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen, in: *wehrtechnik* 2/94)

Die bundesdeutschen Soldaten werden also weltweit die „Ordnung“ der reichen Industrieländer herstellen.

Die neue Bundeswehr wird für ihre neuen Militäreinsätze auch neu ausgerüstet: „Bei der Entwicklung und Beschaffung von Wehrmaterial ist eindeutig ein Schwerpunkt auf Krisenreaktionskräfte gelegt worden.“ (Albert, Bernd: Krisenreaktionskräfte des Heeres, in: *wehrtechnik* 2/94) Zusätzlich soll die Neuausrüstung der neuen Bundeswehr von Sparmaßnahmen der Bundesregierung ausgenommen sein.

Die Neurüstung im einzelnen

Angefangen bei einem neuen Helm über neue Handwaffen, Nachtsichtgeräte und elektronische Meldesysteme bis hin zu einer neuen Hubschrauber- und Flugzeuggeneration soll die neue Bundeswehr „runderneuert“ werden. (Vgl. u.a.: *Exterritorialer Einsatz der Bundeswehr — Aufgaben und Ausrüstung*, Protokoll eines Informationsseminars für Behörden, Institutionen und Industrie, Bonn, 4.3.1993)

„Der Gefechtschirm ist gegenüber dem derzeitigen Stahlhelm ... erheblich verbessert. Durch die Verwendung neuer Materialien ... wird seine Schutzleistung gegen Splitterbeschuß ... ca. 50 Prozent verbessert.“ Das neue Material des Helmes soll Aramid sein. Erstmals bekommen die Soldaten mit der Standardausrüstung auch *Schutzwesten und -brillen* gegen Splitter und Feuereinwirkungen. Der schon eingeführte neue *Kampfanzug* der Bundeswehrsoldaten mit „Fünf-Farben-Tarndruck“ ist ebenfalls ein Produkt der Neubewaffnung für die neue Bundeswehr. Klar ist dabei, daß die neuen Tarnfarben weniger für die hiesigen Einsatzgebiete ausgewählt wurden ...

Für die Rüstungsindustrie interessanter wird es bei der neuen Bewaffnung.

Extra für die schnellen Eingreiftruppen wurden bei Heckler & Koch zwei neue Handfeuerwaffen entwickelt. Das neue *Sturmgewehr G 36* als Nachfolger des berühmten-berühmten G 3 und das *Maschinengewehr MG 36*. Beide Waffen sind leichter und von höherer Reichweite als die jeweiligen Vorgängermodelle. Das gefürchtete *Schnellfeuerge- wehr G 11* ebenfalls von Heckler & Koch mit hülsenloser Munition und — so der Werbeprospekt — mit idealer Wirkung „auf Weichziele“ (sprich Menschen) wurde wegen zu hoher Kosten, zu großem Gewicht, Unausgereiftheit und wegen politischen Protesten bisher noch nicht für die Bundeswehr angeschafft, was auch ein Erfolg der Friedensbewegung ist.

Bei Dornier (eine in der Deutschen Aerospace „DASA“ aufgegangener Münchner und Friedrichshafener Rüs-

stungsfirma und Daimler-Benz-Tochter) werden *mobile elektronische Meldesysteme* für die „Krisenreaktionskräfte“ entwickelt und zum Verkauf angeboten. Auch ein neues Radarsystem muß nach Ansicht der Militärs her: *Wechselradarsystem MULTI*, dafür ist dann auch ein *Allradträgerfahrzeug 8x8* „nötig“.

Bei den Großwaffen soll die neue Bundeswehr insbesondere im Panzerbereich und im Flugzeug- und Hubschrauberbereich enormen Kriegswaffenwachstum bekommen:

Bei Panzern werden die schon vorhandenen *Schützenpanzer Marder 1* mit neuer Bewaffnung ausgerüstet. Ein Teil der schnellen Eingreiftruppen bekommt die Stufe II des *Kampfpanzers Leopard 2*. Neu angeschafft werden soll ein *Minenräumpanzer Keiler* und „langfristig eine *Panzerschnellbrücke 2*“. Dazu kommt noch der *Pionierpanzer Dachs*. Der vorhandene *Schützenpanzer M 113* soll mit Hilfe der Firmen MTU, FFG, ZF Friedrichshafen und Teves „krisenreaktionstauglich“ gemacht werden. Der *Bergepanzer 3 Büffel* ist schon in einer Stückzahl von 75 Exemplaren für die Bundeswehr neu beschafft worden.

Eine neue *Panzerhaubitze 2000* soll neu angeschafft werden, dazu eine „155 mm *Suchzündermunition Artillerie (SMART)*“ ab 1998.

Im Bereich der Hubschrauber sollen neue Transporthubschrauber, ein *Panzerabwehrhubschrauber 2 (PAH 2)*, ein neuer *NATO-Hubschrauber NH 90* und ein neuer *Kampfhubschrauber Uhu* angeschafft werden. Schon vorhandene Hubschrauber, beispielsweise die beim Heer vorhandenen UH-1D und CH-53 G, sollen mit Zusatztanks für längere Strecken ausgerüstet werden.

Im Raketenbereich sollen neue *HOT (Euromissiles)* angeschafft werden, ebenso neue *Milan* und *Roland*, beides sogenannte Flugabwehrraketen.

Im Flugzeugbereich sollen das entwickelte *Transportflugzeug Future Large Aircraft (FLA)* gekauft werden und der berühmt-berüchtigte *Jagdbomber „Jäger 2000“*.

Im Bereich der Marine ist eine vollkommene Umstrukturierung vorgesehen hin zur „*Marine 2005*“: Die *Zerstörer der Klasse 103-B*, *Fregatten der Klasse 143 A* sollen nachgerüstet werden mit dem *Abwehrsystem RAM*.

Neue *U-Boote der Klasse 212* sollen ebenso angeschafft werden wie neue *U-Boote der Klasse 206A*. Die Werften HDW und TNSW haben dazu Angebote gemacht. Ebenso sollen noch *neue Minensuchboote der Klasse 343* und *Minenjagdboote der Klasse 332* angeschafft werden. Schließlich sind 4 *Tender Klasse 404* und *Einsatzversorger Klasse 702* vorgesehen. (Vgl. *wehrtechnik* 12/93, 1/94, 2/94, *ami* 4/94, *Europäische Sicherheit* 2/94)

Politische Bewertung dieses neuen Aufrüstungsschubes

Die neuen Aufträge der Bundeswehr für die bundesdeutsche Rüstungsindustrie

sind enorm. Dieser Aufrüstungsschub beendet die Krise der deutschen Rüstungsindustrie von 1989 bis 1992, die durch den Zurückgang staatlicher Aufträge verursacht war. Einige Rüstungsfirmen hatten mit Rüstungsdiversifikation (neue zivile Bereiche werden geschaffen, militärische Teile werden zugemacht, was immer mit Entlassungen verbunden ist), wenige auch mit Rüstungskonversion (Rüstungskonversion bedeutet die Umwandlung militärischer in zivile Bereiche bei Beibehaltung der Beschäftigtenzahlen) begonnen. Dieser Druck zur Rüstungskonversion ist nun beendet.

Der Staat hilft wieder „seiner“ Rüstungsindustrie. Die Rüstungsvorhaben werden von politisch „Verantwortlichen“ zum Teil schon damit begründet, so etwa vom CDU-Bundestagsabgeordneten Claus-Peter Grotz, der offen formuliert, daß der Jäger 2000 notwendig sei „zum Erhalt der Arbeitsplätze“, eine militärische Begründung wird von ihm schon gar nicht mehr mitgeliefert.

Jedes neue Waffensystem wird mit enormen staatlichen Entwicklungsgeldern gefördert. Jedes neue Waffensystem muß, damit es finanziert werden kann, in andere Länder exportiert werden.

Die Wirkung von Rüstungsexporten sind bekannt. Sehr viele der neuen Waffensysteme werden in Kooperation mit anderen Staaten entwickelt, finanziert und gebaut. (Ein Vorteil ist dabei auch, daß diese Exporte dann nicht mehr in den internationalen Statistiken auftauchen.)

Um so entschiedener müssen wir uns gegen diesen neuen Aufrüstungsschub wehren. Allein die bisherigen Entwicklungsgelder für den „Eurofighter 2000“ an die Daimler-Benz-Tochter DASA betragen inzwischen 9 Milliarden DM. Schon jetzt sind 50 Milliarden DM für den Jäger verplant. Nach Angaben des Bundesrechnungshofes wird dieser Betrag bis zum Jahr 2020 auf 140 Milliarden DM angewachsen sein.

Die neue Bundeswehr „Out of Area“ wird bei ihren Einsätzen auf schon exportierte deutsche Waffen stoßen. Die Bundesrepublik ist derzeit auf Platz 2 der rüstungsexportierenden Staaten. Bei arm gehaltenen Ländern, den potentiellen Einsatzgebieten, ist sie auf Platz 6. Dazu kommen noch die vielen Lizenzvergaben.

Resümee: Wir haben mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nun endgültig eine andere Republik. Die große Aufregung über das zweite Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ausspruch „Soldaten sind Mörder“ ist nur eine Vorbereitung auf die Akzeptanz für die neue Bundeswehr, die kommenden toten deutschen Soldaten und die kommenden Untaten der schnellen Eingreiftruppen. Die Bundeswehrstrategie läßt es zu, die Bundeswehrstrategie fordert es sogar, versuchen wir zumindest, daß die Gesellschaft es nicht zuläßt.

Tobias Pflüger gehört dem Vorstand des „Rüstungsinformationsbüros (RIB) Baden-Württemberg e.V.“ an.